

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Tätigkeitsbericht
1998–2001

INHALT

1.		
ENTSTEHUNGSGESCHICHTE		6
<hr/>		
2.		
GRUNDLAGEN, STRUKTUR UND ARBEITSWEISE		10
<hr/>		
Gremien der Stiftung		10
Geschäftsstelle		11
Arbeitsbereiche		11
Archiv		13
Bibliothek		14
Finanzierung der Stiftung		16
3.		
ZENTRALE AUFGABEN		18
<hr/>		
3.1.		
FÖRDERTÄTIGKEIT		19
<hr/>		
Fördergrundsätze und Grenzen der Förderung		19
Förderpraxis		20
Haushaltsjahr 1998		21
Haushaltsjahr 1999		21
Haushaltsjahr 2000		22
Haushaltsjahr 2001		22
Schwerpunkte in der Fördertätigkeit		23
Auswertung der geförderten Projekte nach regionalen Gesichtspunkten		23
Auswertung der Projektförderungen nach Antragstellern		24
Auswertung der Projektförderungen nach Förderbereichen		25
3.2.		
BEISPIELHAFTE PROJEKTFÖRDERUNGEN UND PROJEKTERGEBNISSE		29
<hr/>		
Förderbereich Gesellschaftliche Aufarbeitung		29
Ausstellungen		29
Filme und Multimedia-Projekte		32
Förderbereich Publikationen		34
Druckbeihilfen		34
Periodika		35
Schriftenreihe „Gelebte Geschichte“		35
Förderbereich Opfer und Gedenken		36

Förderbereich Unabhängige Archive	37
Neue Wege der Kooperation und des Miteinanders in der Archivförderung	39
Förderbereich Wissenschaft	41
Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	42
Förderbereich Internationale Zusammenarbeit	45

3.3.

VERANSTALTUNGEN	46
Veranstaltungen 1999–2001	46
Publikationen	51
Weiterbildungen	55

4.

VERNETZUNG UND KOOPERATION	56
----------------------------	----

5.

PERSPEKTIVEN UND AUSBLICK	57
---------------------------	----

6.

ANHANG	58
Anhang 1: Gesetz über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 5. Juni 1998	59
Anhang 2: Satzung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	62
Anhang 3: Mitglieder der Gremien: Rat, Vorstand, Fachbeiräte	67
Anhang 4: Grundsätze eines Dringlichkeitsprogramms der gesellschaftlichen Aufarbeitung	70
Anhang 5: Vorläufige Bedingungen der Wissenschaftsförderung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	72
Anhang 6: Fördergrundsätze der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	75
Anhang 7: Hinweise für Antragsteller und Zuwendungsempfänger	78
Anhang 8: Absichtserklärung zu Archivförderung und Archivaufbau der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	80
Anhang 9: Stipendien und Stipendiaten	81
Anhang 10: Geförderte Projekte 1998–2001	82
Anhang 11: Auswertung der Projektförderungen	116



VORWORT

Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist eine bundesunmittelbare Stiftung öffentlichen Rechts, die am 5. Juni 1998 auf Beschluss des Deutschen Bundestages eingerichtet wurde. Am 2. November 1998 nahm die Geschäftsstelle ihre Tätigkeit auf. Im Mittelpunkt der Stiftungstätigkeit stand von Beginn an die Förderung und Unterstützung der unterschiedlichsten Projekte, die sich mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der zweiten Diktatur auf deutschem Boden befassen. Seit her wurden rund 830 Anträge auf Projektförderung an die Stiftung gerichtet; davon konnten über 500 Projekte mit finanzieller und vielfältiger ideeller Unterstützung der Stiftung erfolgreich realisiert werden. Jedes dieser Projekte trug auf seine Weise dazu bei, den Auftrag der Stiftung mit Leben zu erfüllen, die Auseinandersetzung mit der und die Erinnerung an die Diktatur in der DDR und an jene, die ihr zum Opfer fielen oder Widerstand geleistet haben, dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein des geeinten Deutschlands zu verankern.

Nach nunmehr über dreijährigem Bestehen legt die Stiftung Aufarbeitung ihren ersten Tätigkeitsbericht über ihre Arbeit in den Jahren von 1998 bis 2001 vor.

Dieser Tätigkeitsbericht bilanziert die erste Phase der Stiftung, die im Zeichen des Auf- und Ausbaus arbeitsfähiger Strukturen und der Fördertätigkeit stand.

1. ENTSTEHUNGSGESCHICHTE

Die friedliche Revolution in der DDR vom Herbst 1989 und die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands 1990 gehören zu den herausragenden Ereignissen der deutschen Geschichte. Es waren viele Entwicklungen und Umstände, die dieser Revolution in den achtziger Jahren den Weg bereiteten: Da war der wirtschaftliche Verfall einer ineffizienten Planwirtschaft sowie eine verkrustete Parteiherrschaft, die sich den politischen Reformen der eigenen Führungsmacht widersetzte und selbst in den eigenen Reihen an Glaubwürdigkeit verlor. Gleichzeitig fanden immer mehr Menschen den Mut, sich dem Herrschaftsanspruch der SED zu entziehen. Die einen warteten immer ungeduldiger darauf, ihrem Staat für immer den Rücken zu kehren. Die anderen fanden sich in oppositionellen Gruppen zusammen, die in den historischen Stunden des Jahres 1989 zum Motor des Umbruchs wurden.

Zu den vielen Faktoren, die das Ende der Diktatur beförderten und die hier nicht weiter erörtert werden können, zählten die vielfältigen Formen der Auseinandersetzung mit dieser Diktatur – im Osten wie im Westen Deutschlands. In der DDR waren es jene oppositionellen Gruppen, die – wenn auch mit begrenzter Reichweite – eine Gegenöffentlichkeit schufen, in der die Themen diskutiert wurden, die für die SED tabu waren oder von ihr mißbraucht wurden: Das Spektrum reichte von Fragen der Menschenrechte über den Umweltschutz, die Friedenspolitik, die Dritte Welt bis hin zu den „weißen Flecken“ in der Geschichte des deutschen und internationalen Kommunismus, den Säuberungen und Staatsverbrechen, die von der SED-Propaganda jahrzehntelang vertuscht und geleugnet wurden. Die Mitglieder dieser Gruppen gingen dabei ein hohes persönliches Risiko ein, mussten sie doch ihr Engagement nur allzu oft mit Drangsalierung, Verfolgung und Bespitzelung, mit Verhaftung, langjährigen Gefängnisstrafen oder der Abschiebung in den Westen bezahlen. Unterstützung fanden diese mutigen Frauen und Männer bei Menschen im

Westen Deutschlands, die sich nicht mit dem SED-Regime abfinden wollten. Die einen hatten die DDR teils freiwillig, teils unter Zwang verlassen und versorgten ihre einstigen Weggefährten – auf nicht selten konspirativen Wegen – mit Büchern und Schriften oder sorgten dafür, dass die Westmedien ihre schützende Aufmerksamkeit auf die Opposition in der DDR richteten. Andere hatten sich als Journalisten, Publizisten oder Wissenschaftler mit der DDR vertraut gemacht und trugen durch ihre Veröffentlichungen dazu bei, dass das Interesse an diesem Staat im Westen nicht erlosch. Und schließlich dürfen auch jene westdeutschen Politiker nicht unerwähnt bleiben, die dem SED-Regime über Verhandlungen schrittweise politische Verbesserungen für die Menschen in der DDR abtrotzten und den Status quo der Teilung nicht anerkennen wollten.

So erweist sich die (teil)öffentliche Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur in der historischen Rückschau als eine Voraussetzung der friedlichen Revolution des Jahres 1989.

Die öffentliche Thematisierung zunächst aktueller und bald auch historischer Tabuthemen trug im Herbst 1989 zur Mobilisierung der Menschen in der DDR bei. Als die bis dahin gleichgeschalteten Medien der DDR in den Tagen nach der Absetzung Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 die Realität nicht länger verleugnen konnten und über Ausschreitungen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten berichteten, über die Wirtschaftskrise, bald auch über Privilegien der Führungselite, da brach sich ein öffentlicher Diskurs Bahn, der Denkverbote überwand und die Erosion der SED-Herrschaft ungemein beschleunigte. Zu den aktuellen, gegenwartsbezogenen Themen gesellten sich dann auch historische, die nicht zuletzt die Anhängerschaft der SED zutiefst verunsicherten.

Mit der Besetzung zahlreicher Dienststellen der Staatssicherheit durch Bürgerkomitees und der danach

einsetzenden Öffnung der Archive von Staat, Partei und Staatssicherheit wurde das Herrschaftswissen der Diktatur „vergesellschaftet“. Immer neue Enthüllungen – vor allem in den Medien – sorgten für eine nachhaltige Delegitimation der SED-Diktatur. Zu den Verdiensten der DDR-Bürgerrechtler zählt dabei auch, dass sie im Sommer 1990 die dauerhafte Öffnung der Stasi-Akten erzwangen.

Damit wurde die öffentliche Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zu einem Wesenszug der friedlichen Revolution und gleichermaßen eine Voraussetzung für deren Erfolg.

Bald wurde deutlich, dass die Aufarbeitung der Ursachen, Geschichte und Folgen dieser Diktatur keine Tagesaufgabe bleiben konnte. Sie war und sie bleibt eine Voraussetzung für die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands. Spätestens seit der Wiedererlangung der staatlichen Einheit am 3. Oktober 1990 muss die DDR als Teil der gesamtdeutschen Geschichte – die im doppelten Sinne eine geteilte Vergangenheit ist – begriffen werden. Und diese Geschichte galt und gilt es, im Osten wie im Westen Deutschlands – auch kontrovers – zu erzählen. Dabei dürfen jene, die für den Aufbau und den Bestand der Diktatur, das Grenzregime, für massenhafte Unterdrückung und den wirtschaftlichen Verfall verantwortlich waren, ebensowenig in Vergessenheit geraten wie jene, die den Mut zum Widerstand, zu Opposition und Resistenz gegen die SED-Herrschaft hatten.

Von Anfang bis Mitte der neunziger Jahre erfuhr die Geschichte der DDR unübersehbare Aufmerksamkeit: Zahllose Wissenschaftler und Publizisten nahmen sich dieses Themas an. Immer neue Enthüllungen aus den Archiven der Partei und ihrer Staatssicherheit hielten die Öffentlichkeit in Atem. Ehemalige DDR-Bürgerrechtler gründeten vielerorts Aufarbeitungsinitiativen, begannen damit im besten Sinne eines bürgerschaftlichen Engage-

ments, die Zeugnisse der DDR-Opposition zu sammeln und zu bewahren, Gedenkstätten und Museen zu gründen, die an die SED-Diktatur und insbesondere auch an ihre Opfer erinnern sollten. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur schien zumindest im Osten Deutschlands als ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag anerkannt.

Auch der Deutsche Bundestag mochte sich diesem Auftrag nicht entziehen. Am 12. März 1992 berief er eine Enquête-Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ ein. Ein Novum in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Eine Nachfolgekommission widmete sich bis 1998 der „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. 32 Bände mit 30.000 Druckseiten dokumentieren die von der Kommission veranlassten 300 Gutachten und Expertisen sowie 68 öffentliche Anhörungen von über 600 Zeitzeugen, Politikern und Wissenschaftlern.

Vor allem die erste Kommission hat die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema DDR nachhaltig befruchtet. Dennoch wurde bereits Mitte der neunziger Jahre deutlich, dass das öffentliche Interesse an diesem Thema nachzulassen drohte. Gleichzeitig wurde offenbar, dass die vielfältigen Initiativen, die sich mit der SED-Diktatur auseinandersetzten, finanziell oftmals auf tönernen Füßen standen. Insbesondere die unabhängigen Archive, Gedenkstätten, Museen und Aufarbeitungsinitiativen hatten ihre Arbeit vor allem mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verwirklichen können, deren Programme zunehmend endeten oder von den Mitarbeitern nicht mehr in Anspruch genommen werden konnten. Ein vielfältiger und lebendiger Bestandteil der „Aufarbeitungslandschaft“ näherte sich dem „Aus“. Nicht anders sah es im Bereich der akademischen DDR-Forschung aus. Viele der neu gegründeten Institute, aber auch die Masse des wissenschaftlichen Mittelbaus finanzierten sich über temporäre Förderschwerpunkte



einiger weniger Einrichtungen der Wissenschaftsförderung.

Vor diesem Hintergrund griff der Deutsche Bundestag eine Anregung der ersten Kommission auf und erteilte der Nachfolgekommission den Auftrag, diese solle, „aufbauend auf den Ergebnissen der Vorgängerkommission, Beiträge zu einer politisch-historischen Analyse und einer politisch-moralischen Bewertung der SED-Diktatur leisten, den gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitungsprozess fördern und für die Zukunft Vorschläge für seine Weiterführung machen. Dabei wird zu prüfen sein, ob nicht auch zusätzliche institutionelle Mittel, z.B. im Rahmen einer Stiftung, zu schaffen sind.“¹

Die zweite Enquête-Kommission bildete daraufhin die Berichterstattergruppe „Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Durch öffentliche Sitzungen und Anhörungen, die durch entsprechende Fachgespräche und interne Sitzungen sowie Expertisen ihre Ergänzung fanden, wurde eine diesbezügliche Entscheidungsempfehlung vorbereitet. Dabei stützte sich die Berichterstattergruppe auf Anregungen, die gleichermaßen von den Aufarbeitungsinitiativen wie von einzelnen Wissenschaftlern formuliert worden waren. Diese hatten zum Teil schon seit 1990 die Idee verfolgt, die Gelder und Vermögenswerte von SED und MfS zum Zwecke einer dauerhaften Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur in eine Stiftung einzubringen. Im Oktober 1997 legte die Enquête-Kommission einen Zwischenbericht vor, der dem Deutschen Bundestag empfahl, möglichst rasch eine diesbezügliche Bundesstiftung zu gründen.²

In einem beispielhaft konsensualen Verfahren wurde das „Gesetz über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ erarbeitet und am 5. Juni 1998 vom Bundestag verabschiedet.³ Unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes konstituierte sich der Stiftungsrat und schuf die wesentlichen Grundlagen für die Aufnahme der Stiftungsarbeit. Es wurde eine vorläufige Satzung erarbeitet und der aus fünf Mitgliedern bestehende und ehrenamtlich arbeitende Vorstand gewählt, der die Geschäfte der Stiftung übernahm.

Am 2. November 1998 schließlich nahmen in Berlin, in einem Gebäude des Statistischen Bundesamtes am Alexanderplatz, die ersten Mitarbeiter der Stiftung ihre Arbeit auf.

Nach dem Willen des Gesetzgebers hat die Stiftung „in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen auf dem Gebiet der Aufarbeitung der SED-Diktatur, Beiträge zur umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland und in der DDR zu leisten und zu unterstützen, die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer wachzuhalten sowie den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands zu fördern und zu festigen“ (§ 2 Nr. 1 des Errichtungsgesetzes). Sie leistet dies keineswegs nur auf dem Wege der Projektförderung, die sie den unterschiedlichsten Formen der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zuteil werden läßt. Anders als zeitweilig befürchtet, ist die Stiftung weder eine staatliche Aufarbeitungsbehörde geworden, noch versteht sie sich als

¹ Einsetzungsbeschluss der Enquête-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band I, S. 153.

² Materialien der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band I, S. 66.

³ Siehe hierzu im Anhang.



Konkurrenz zu den Aufarbeitungsinitiativen und Archiven, die aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung hervorgegangen sind. Der Erfolg der Stiftungsarbeit wird sich letztlich an der Arbeit ihrer vielfältigen Partner im Bereich der Initiativen, der Opferverbände, der politischen Bildung sowie der Wissenschaft messen lassen, die ihrerseits in der Stiftung einen verlässlichen, keineswegs unkritischen Partner finden, der die gemeinsame Aufgabe finanziell, konzeptionell wie auch ideell nach Kräften unterstützt.

Insofern trägt die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur dazu bei, dass jene Arbeit fortgesetzt werden kann, die den Weg zur friedlichen Revolution mit ebnete, nicht unmaßgeblich zu deren Erfolg beitrug und die für die Vollendung der inneren Einheit nach wie vor unverzichtbar ist: Die pluralistische, kontroverse, aber vor allem öffentliche Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der zweiten deutschen Diktatur.

2. GRUNDLAGEN, STRUKTUR UND ARBEITSWEISE

Gremien der Stiftung

Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts Teil der – mittelbaren – Bundesverwaltung. Sie untersteht der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums des Innern.

Das höchste Organ der Stiftung ist der **Stiftungsrat**. Er beschließt über alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die zum Aufgabenbereich der Stiftung gehören. Die Mitglieder des Rates werden für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Der Stiftungsrat besteht zur Zeit aus 13 Mitgliedern und ebenso vielen stellvertretenden Mitgliedern.⁴ Der Stiftungsrat trat erstmalig am 24. Juni 1998 zusammen.

In seiner ersten Sitzung wählte der Stiftungsrat Markus Meckel (MdB) zu seinem Vorsitzenden und Gerald Häfner (MdB) zu seinem Stellvertreter. Die Zusammensetzung des Stiftungsrates ist durch das Errichtungsgesetz geregelt. Danach gehören dem Stiftungsrat Vertreter folgender Personenkreise an:

1. Vom Deutschen Bundestag werden nach der zum Zeitpunkt der Wahl bestehenden Zahl seiner Fraktionen Mitglieder in den Stiftungsrat gewählt. Jede Fraktion im Deutschen Bundestag kann ein Mitglied vorschlagen. Zum Zeitpunkt der Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates hatten die CDU/CSU, die SPD, die FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen Fraktionsstatus.
2. Darüber hinaus kann jede zum Zeitpunkt der Wahl bestehende Fraktion aus dem Kreis der Personen, die in Fragen der Aufarbeitung der SED-Diktatur beson-

ders engagiert und qualifiziert sind, eine Person vorschlagen, die vom Deutschen Bundestag gewählt wird.

3. Die Bundesregierung ihrerseits entsendet so viele Mitglieder in den Stiftungsrat, wie zum Zeitpunkt der Wahl Fraktionen im Deutschen Bundestag bestehen.
4. Das Land Berlin entsendet ein weiteres Mitglied.

Der Stiftungsrat ist seit Gründung der Stiftung in den Jahren 1998-2001 zu insgesamt elf Sitzungen zusammengetreten. Entsprechend seiner im Gesetz festgelegten Aufgabe befasste er sich mit grundsätzlichen Entscheidungen und Fragen der Stiftungspolitik. Darüber hinaus traf er Entscheidungen zur Haushalts- und Personalentwicklung, Entscheidungen über die Grundsätze der Förderpraxis, die Verabschiedung von Fördergrundsätzen sowie die Klärung grundsätzlicher Fragen des Aufbaus von Archiv und Bibliothek. So wurde vom Rat eine erste Satzung erarbeitet und am 23. Oktober 2000 in Kraft gesetzt.

Die Geschäfte der Stiftung führt der vom Stiftungsrat am 24. Juni 1998 erstmalig gewählte fünfköpfige **Vorstand** auf der Grundlage des Errichtungsgesetzes, der Satzung der Stiftung sowie der Beschlüsse des Stiftungsrates. Der Vorstand wird ebenso wie der Stiftungsrat für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Der Vorsitzende des Vorstands ist Rainer Eppelmann (MdB), sein Stellvertreter Prof. Dr. Bernd Faulenbach. Weiterhin gehören dem Vorstand Uwe-Bernd Lühr, Dr. Ehrhart Neubert sowie Gerd Poppe an.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Stiftung ehrenamtlich. Ihm obliegen die Beratungen und Entscheidungen über die Ausgestaltung der konkreten Stiftungspolitik und Stiftungsarbeit, die Entscheidungen über die Vergabe der Fördermittel der Stiftung auf der Grundlage

⁴ Zur Zusammensetzung des Stiftungsrates siehe im Anhang.

der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Vorbereitung von Grundsatzentscheidungen des Rates. Dem Vorstand obliegt die Verantwortung für Fragen der Haushalts- und Personalentwicklung sowie der Koordinierung der Gesamttätigkeit der Stiftung.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er tagt in regelmäßigen Abständen, wobei die Sitzungsdichte in der arbeitsintensiven Anfangszeit sehr hoch war. So fanden 1998 fünf Vorstandssitzungen statt, 1999 kam der Vorstand zu insgesamt neun Sitzungen zusammen, im Jahr 2000 tagte der Vorstand fünfmal und im Jahr 2001 kam er zu sechs Sitzungen zusammen. Zusätzlich trifft sich der Vorstand einmal jährlich zu einer zweitägigen Klausurtagung, um über grundsätzliche Fragen der Stiftungsarbeit zu beraten. In der Regel nimmt ein Vertreter des Bundesministeriums des Innern an der Sitzung des Vorstands mit beratender Stimme teil.

Durch die Vorsitzenden von Rat und Vorstand wird die Arbeit der beiden Entscheidungsgremien der Stiftung koordiniert.

Neben Rat und Vorstand verfügt die Stiftung zur Unterstützung ihrer Tätigkeit über **Fachbeiräte**. Der Stiftungsrat beschloss auf seiner Sitzung vom 30. April 1999, für die einzelnen Haupttätigkeitsgebiete der Stiftung – Gesellschaftliche Aufarbeitung/Opfer/Gedenken, Archiv und Wissenschaftsförderung – je einen Fachbeirat mit beratender Funktion einzurichten. In den Fachbeiräten arbeiten namhafte Vertreter aus Aufarbeitung, Wissenschaft und Politik zusammen. Die Fachbeiräte tagen in der Regel zweimal jährlich.⁵

⁵ Die Mitglieder der einzelnen Fachbeiräte sind im Anhang aufgelistet.

Geschäftsstelle

Nachdem zu Beginn eine beim Bundesministerium des Innern angesiedelte kommissarische Geschäftsführung die Geschäfte der Stiftung geführt hatte, nahm am 2. November 1998 die Geschäftsstelle der Stiftung mit zunächst sechs Mitarbeitern ihre Arbeit auf. Bis zum Ende des Jahres 2001 wuchs der Personalbestand der Stiftung entsprechend dem Stellenplan auf 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Die Stiftung hat nunmehr ihren planmäßigen personellen Endausbau erreicht und verfügt über eine effizient arbeitende Struktur.

Die Geschäftsstelle wird von einer/m hauptamtlichen Geschäftsführer/in geleitet. Diese/r ist dem Vorstand gegenüber verantwortlich.

Die Geschäftsführung zeichnet insbesondere für die Umsetzung der Gremienbeschlüsse sowie die fachliche und organisatorische Betreuung der Gremien verantwortlich. Zum **Verwaltungsbereich** der Stiftung gehören neben dem Justitiariat für die Bearbeitung aller rechtlichen Belange eine Sachbearbeiterin sowie zwei Büro-sachbearbeiter und eine Vorzimmerkraft.

Die Geschäftsstelle der Stiftung verfügt neben dem **Verwaltungsbereich** über **drei Arbeitsbereiche bzw. Fachreferate**, die von je einem wissenschaftlichen Referenten geleitet werden. Diese Arbeitsbereiche gliedern sich in

- ◆ Gesellschaftliche Aufarbeitung I mit den Schwerpunkten Opfer und Gedenken, mediale Projekte und Oral History-Projekte;
- ◆ Gesellschaftliche Aufarbeitung II mit den Schwerpunkten politische Bildung und Publikationen sowie



- ♦ Wissenschaftsförderung, internationale Zusammenarbeit und Förderung unabhängiger Archive.

Neben den wissenschaftlichen Fachreferenten arbeiten in den Arbeitsbereichen Sachbearbeiter und Bürosachbearbeiter, deren Haupttätigkeit in der verwaltungsseitigen Beratung und Betreuung der Antragsteller und Projekte besteht.

Der **Bereich Gesellschaftliche Aufarbeitung I** ist Ansprechpartner für Gedenkstätten, Opferverbände und Initiativen, die an die Diktatur in der SBZ und DDR erinnern. Hierbei bildet die Unterstützung von Projekten der Beratung und Betreuung von Opfern der SED-Herrschaft einen Schwerpunkt. Darüber hinaus sind diesem Bereich die verschiedenen Arten medialer Projekte, wie z.B. Dokumentarfilme, Ausstellungen und CD-ROMs, Erarbeitung von homepages sowie Oral History-Projekte zugeordnet.

Tätigkeitsschwerpunkt des Bereichs **Gesellschaftliche Aufarbeitung II** ist die Förderung der politisch-historischen Aufklärung über die SED-Diktatur sowie der Förderbereich Druckbeihilfen. Antragsteller finden hier Beratungskompetenz bei der Konzeption und Realisierung ihrer politischen Bildungsarbeit. Darüber hinaus wird Autoren von Publikationen, die dem Stiftungszweck entsprechen, Beratung und Hilfestellung auf dem Weg vom Verfassen eines Manuskripts bis zu seiner Veröffentlichung geboten. Im Fachbereich liegt auch die Zuständigkeit für die stiftungseigene Publikationstätigkeit. Zudem wird hier der Auf- und Ausbau der Stiftungsbibliothek koordiniert.

Der Bereich **Wissenschaft/Internationale Zusammenarbeit/Archive** befasst sich mit der Entwicklung von Strategien zur Unterstützung und Förderung von Wissenschaftsprojekten im Bereich der historischen Kommunismus- und Diktaturforschung im weiteren sowie von

Projekten zur DDR-Forschung im engeren Sinne. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Ziel der Anstrengungen ist es, eine dauerhafte Verankerung der Geschichte und Überwindung der SED-Diktatur in der Wissenschaftslandschaft zu erreichen. Antragsteller finden in diesem Fachbereich kompetente Fachberatung bei der Konzeption und Realisierung von wissenschaftlichen Kolloquien und Tagungen sowie wissenschaftlichen Tagungs- und Archivreisen. Die Vergabe von Stipendien wird vom zuständigen Referenten in Zusammenarbeit mit dem Fachbeirat Wissenschaft vorbereitet. Zudem werden von diesem Bereich alle Fragen der Internationalen Zusammenarbeit betreut und der Aufbau und die Arbeit des Stiftungsarchivs koordiniert.

Das Tätigkeitsspektrum der Arbeitsbereiche bzw. Fachreferate umfasst:

- ♦ die Bearbeitung von Anträgen und Anfragen von Institutionen, Vereinen und Verbänden,
- ♦ die Beratung von Institutionen,
- ♦ konzeptionelle Arbeiten in den unterschiedlichsten Bereichen der Stiftungstätigkeit,
- ♦ die Erarbeitung von Grundsätzen, Materialien, Publikationen,
- ♦ die Konzeption, Organisation und Realisation von Veranstaltungen und Weiterbildungsangeboten der Stiftung.

Im Bereich der Fördertätigkeit sind die Referenten – entsprechend ihrer inhaltlichen Zuständigkeit – die Ansprechpartner bei der Vorbereitung von Projektanträgen durch Dritte. Sie bereiten in Abstimmung mit der Geschäftsführung die Förderentscheidungen des Vor-

standes inhaltlich vor und erarbeiten gemeinsam mit dem Sachbereich „Zuwendungsrecht“ die Förder- bzw. ggf. Ablehnungsbescheide der Stiftung. Die Referenten sind Ansprechpartner für Projektträger der Stiftung während des Förderzeitraumes und prüfen die inhaltliche Seite der späteren Verwendungsnachweise. Nach Maßgabe ihrer zeitlichen und fachlichen Möglichkeiten beraten die Referenten auf Wunsch die Partner der Stiftung sowohl in der Phase der Antragskonzeption als auch während des Projektverlaufs.

Darüber hinaus erarbeiten die Referenten für die Geschäftsführung wie auch für den Vorstand auf Anfrage Expertisen und Vorträge im Rahmen der Stiftungstätigkeit.

Archiv

Das vom Deutschen Bundestag am 5. Juni 1998 verabschiedete Errichtungsgesetz fordert die Stiftung zum Aufbau eines eigenen **Archivs** auf, in dem Materialien „insbesondere über Opposition und Widerstand und über politische Verfolgung und Repression sowie von sonstigem privatem Schriftgut“ gesichert, gesammelt, dokumentiert und ausgewertet werden sollen. Darüber hinaus sieht das Gesetz ganz allgemein die „Sicherung und Sammlung, Dokumentation und Auswertung“ dem Stiftungszweck „entsprechender Materialien“ vor. Schließlich hat das Archiv der Stiftung laut Gesetzesauftrag das Archivgut der beiden Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages zu bewahren, die sich in der 12. und 13. Wahlperiode mit der SED-Diktatur und der Überwindung ihrer Folgen befasst haben.

In den Jahren 1998 und 1999 hatte die Stiftung die Frage des Archivaufbaus zunächst zurückgestellt, um

den mit dem Aufbau der Stiftung und der Projektförderung einhergehenden Notwendigkeiten gerecht werden zu können.

In der Anfangszeit der Stiftung war – nicht nur – in der unabhängigen Archivlandschaft die Sorge verbreitet, der Aufbau eines eigenen Stiftungsarchivs könnte zu Lasten der Archivförderung gehen. Im Ergebnis einer – teilweise auch öffentlich geführten – Diskussion beschloss der Stiftungsrat am 5. Juni 2000 eine „Absichtserklärung zu Archivförderung und Archivaufbau der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“, die die Grundlage der Archivförderung und des Archivaufbaus darstellt.⁶ Mit dieser Absichtserklärung wird einerseits die Förderung und Unterstützung der unabhängigen Archive und andererseits der Aufbau eines eigenen Archivs als sich ergänzende Aufgaben der Stiftung vorgestellt. Gleichzeitig wird dadurch der Auftrag der Stiftung, als Dienstleister einer vielfältigen und produktiven Aufarbeitungslandschaft zu fungieren, auch im Bereich der Archivtätigkeit unterstrichen.

Seit dem 1. Oktober 2000 zeichnet ein wissenschaftlicher Archivar innerhalb der Geschäftsstelle der Stiftung für diese vielfältigen Aufgaben verantwortlich. Er ist dem Arbeitsbereich „Wissenschaft, Archive und Internationale Zusammenarbeit“ zugeordnet. Ein Schwerpunkt seiner bisherigen Tätigkeit lag im Bereich der Beratung unabhängiger Archive. In diesem Zusammenhang wurden zahlreiche unabhängige Archive besucht, um vor Ort ein konkretes Bild zu gewinnen. Die bei diesen Besuchen an die Stiftung gerichteten Fragen erstreckten sich dabei von der Digitalisierung von Archivalien über Probleme der Lagerung bis hin zu urheberrechtlichen Themen. Die Fragen wurden entweder direkt oder aber durch die Zusendung archivwissenschaftlicher Beiträge bzw. durch die Vermittlung von Ansprechpartnern beantwortet. Auch

⁶ Siehe hierzu im Anhang.

in Zukunft wird ein großer Teil der Tätigkeit des Stiftungsarchivs in der konkreten fachlichen Unterstützung der Arbeit unabhängiger Archive bestehen. So ist beispielsweise eine regelmäßige Fortbildungsveranstaltung für Archivare an unabhängigen Archiven in Aussicht genommen.⁷

Das Ziel der internen Arbeit des Stiftungsarchivs bestand gemäß Stiftungsgesetz zunächst darin, geeig-



nete inhaltliche und organisatorische Grundlagen für den Beginn eigener Sammlungs- und Archivtätigkeiten zu schaffen. Das Archiv ist zuständig für die im Rahmen der Stiftungsarbeit entstehenden Unterlagen sowie für das Schriftgut der beiden genannten Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Um die letztgenannten Archivalien wirkungsvoll zu ergänzen, werden die Mitglieder beider Kommissionen darum gebeten, ihre diesbezüglichen persönlichen Unterlagen dem Stiftungsarchiv zur Verfügung zu stellen.

Die Sammlungstätigkeit des Archivs konzentriert sich derzeit vorrangig auf Material von politisch Verfolgten, die ihre zweite Heimat in Westdeutschland fanden, sowie auf Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR bis in die 70er Jahre. Ebenso sind Unterlagen von Personen oder Institutionen für die Sammlungstätigkeit des Stiftungsar-

chivs von Interesse, die von Westdeutschland aus auf publizistischem oder sonstigem Wege versucht haben, über die SED-Diktatur aufzuklären und eventuell auch in die DDR hinein zu wirken.

Derzeit befinden sich im Archiv der Stiftung u.a. der Nachlass des Westberliner Journalisten Buchow, der bis zu seinem Tode Anfang der 70er Jahre im Rahmen seiner Berichterstattung über die DDR umfangreiches Material gesammelt hatte, Unterlagen und Dokumente von Markus Meckel aus der Zeit vor 1989, die von Prof. Werner Franke und seiner Frau, Brigitte Berendonk, gesammelten Unterlagen zum Doping in der DDR, eine Fotosammlung zur JVA Hoheneck, welche die räumlichen Gegebenheiten vor Schließung der Anstalt dokumentiert, sowie ein Depositum von amnesty international mit zahllosen Briefen, in denen sich amnesty-Mitglieder für die in der DDR inhaftierten politischen Gefangenen einsetzen.

Darüber hinaus beteiligt sich das Archiv u.a. an der Bearbeitung von Projektanträgen archivischen Sachbezugs sowie an der Erarbeitung von Bewertungs- und Erschließungsrichtlinien für die Justizakten zum DDR-Unrecht, um auf diese Weise auch diesen Bereich der Überlieferung langfristig für die gesellschaftliche Aufarbeitung zu sichern.

Bibliothek

Neben dem Archiv wird seit August 1999 auch die **Stiftungsbibliothek** als wissenschaftliche Spezialbibliothek zur Geschichte von Opposition und Repression in der SBZ/DDR unter Berücksichtigung der Entwicklung im kommunistischen Machtbereich auf- und ausgebaut. Sie umfasst dabei auch den aus dem Westteil Deutschlands

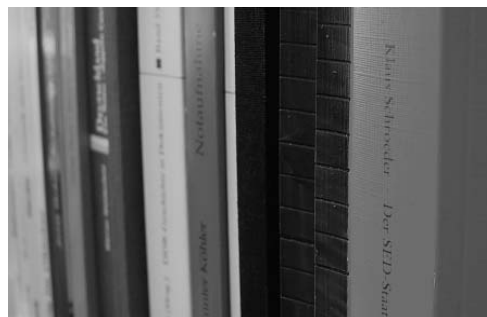
⁷ Siehe hierzu Teil 3.3. Weiterbildungen.

in die SBZ/DDR hinein wirkenden Widerstand gegen die kommunistische Diktatur und erwirbt grundlegende Literatur zu Opposition und Repression im gesamten kommunistischen Machtbereich sowie in der kommunistischen Bewegung vor 1945, um die äußeren Rahmenbedingungen des Widerstandes in der SBZ/DDR zu erfassen und Interdependenzen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten etc. in den Blick nehmen zu können. Die Stiftungsbibliothek sammelt zudem sog. „graue Literatur“, Flugblätter und -schriften, Periodika u.ä. sowie die Primär- wie auch die Sekundärliteratur zum revolutionären Umbruch von 1989-1990 und zur Diskussion und Reflexion des Aufarbeitungsprozesses auf nationaler und internationaler Ebene.

Als moderne Bibliothek beschränkt sich ihr Aufgabenspektrum nicht nur auf die Sammlung und Bereitstellung von Literatur. Sie ist zugleich bibliothekarisches Informationszentrum zum Thema Opposition und Repression in der SBZ/DDR.

Als Ergebnis einer erfolgreichen Aufbauarbeit in den letzten Jahren verfügt die Bibliothek über einen Bestand von rund 33.000 Büchern, von denen ca. 13.000 neu erworbene Titel (hauptsächlich Printmedien, in geringem Umfang audiovisuelle Medien) mittels einer Bibliothekssoftware (Allegro-C) erfasst und recherchierbar sind, sowie ca. 20.000 Bände der Bibliothek des ehemaligen Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, die über einen Zettelkatalog erschlossen sind. Neben Neuerwerbungen durch Kauf wurden der Bibliothek auch private Buchbestände als Spenden übereignet. Die sachliche Erschließung erfolgt über eine den spezifischen Erfordernissen dieser Sammlung gerecht werdende Systematik und Schlagwortübersicht. Die Neuzugänge werden kontinuierlich EDV-gestützt erfasst und den Nutzern in einer systematischen Freihandaufstellung zur Verfügung gestellt. Die Bibliothek ist – da sie noch keine geregelten Öffnungszeiten hat – nach telefonischer Vereinbarung öffentlich nutzbar.

Die Bibliothek verfügt über eine umfangreiche Sammlung von Flugblättern und Plakaten aus der Zeit 1989/1990. Ein Teil des Bestandes zu den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 wurde im März 2000 im Roten Rathaus sowie anschließend in den Räumen der Stiftung der Öffentlichkeit präsentiert.



Zu den wichtigen Aufgaben der Bibliothek gehört auch die Dokumentation ihres Sammelschwerpunktes. Mit der Herausgabe von bislang zwei Nummern ihrer in unregelmäßigen Abständen erscheinenden „Bibliotheks-Info“ gibt sie Auskunft über Zielstellung und Spektrum ihres Sammelgebietes.

- ♦ Null-Nummer: Informationen zum Sammlungsschwerpunkt, August 2000
- ♦ Nummer 1: Die Revolution von 1989/90 im Blick von außen, Juni 2001

Die Bibliothek ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken e.V. und der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken.

Finanzierung der Stiftung

Die Finanzierung der Stiftung erfolgt zum überwiegenden Teil durch Mittel aus dem Bundeshaushalt. Das Stiftungserrichtungsgesetz sieht den Aufbau eines Stiftungsvermögens vor. Hierfür sollen im Rahmen der Verfügbarkeit Mittel aus dem sogenannten „Partei Vermögen“ entsprechend dem Parteiengesetz der DDR vom 21. Februar 1990 verwendet werden.

Die Haushaltsansätze der Stiftung stellen sich wie folgt dar:

Jahr	IST 1998	IST 1999	IST 2000	IST 2001	SOLL 2002
Ansatz in T€	971	2.659	2.983	3.317	3.638
Eigenmittel in T€				102	102
Gesamtmittel in T€				3.419	3.740
Jährlicher Aufwuchs in T€			324	334	321

Darüber hinaus ist die Stiftung berechtigt, Zuwendungen von dritter Seite (z.B. in Form von Spenden oder Sponsoring) anzunehmen. So erhielt die Stiftung in den Jahren 2000 und 2001 zwei zur Errichtung eines Stiftungsvermögens zweckgebundene Spenden des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes in Höhe von 4 Millionen DM bzw. 500.000 DM. Diese Spenden bilden den Grundstein des Stiftungsvermögens. Einnahmen aus dem Stiftungsvermögen werden im Sinne des Stiftungszweckes verwendet und fließen jährlich in Form von Zinsen dem Stiftungshaushalt für die Finanzierung von Aufarbeitungsprojekten zu.

Die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung für die Haushaltsjahre 1998 bis 2001 in DM stellen sich wie folgt dar:

Art/Jahr	1998	1999	2000	2001
Zuwendung Bund	1.900.000,00 DM	5.200.000,00 DM	5.834.000,00 DM	6.487.000,00 DM
sonstige Einnahmen	3.000,00 DM	60.000,00 DM	112.600,00 DM	0,00 DM
Zinsen	0,00 DM	0,00 DM	161.100,00 DM	103.300,00 DM
Einnahmen	1.903.000,00 DM	5.260.000,00 DM	6.107.700,00 DM	6.590.300,00 DM
Zuschüsse zur Förderung der Auf- arbeitung der SED-Diktatur	1.197.800,00 DM	3.523.300,00 DM	3.830.000,00 DM	3.890.000,00 DM
Bewilligte Förderungen:	1.210.690,00 DM	3.588.378,18 DM	3.812.249,06 DM	3.910.955,76 DM
Davon abgerufen:	1.198.846,00 DM	3.510.634,72 DM	3.633.913,94 DM	3.618.252,55 DM
Stipendien	0,00 DM	0,00 DM	68.000,00 DM	360.000,00 DM
Bewilligte Stipendien:	0,00 DM	0,00 DM	0,00 DM	231.225,00 DM
Davon abgerufen:	0,00 DM	0,00 DM	0,00 DM	214.725,00 DM
Ausgaben für sonst. Aufarbeitungs- maßnahmen (Ausstellungen, Veröf- fentlichungen, Veranstaltungen)	4.500,00 DM	56.500,00 DM	265.600,00 DM	337.800,00 DM
Aufbau Bibliothek ⁸			109.000,00 DM	90.000,00 DM
	33.300,00 DM	66.500,00 DM		
Aufbau Archiv			30.000,00 DM	80.000,00 DM
Verwaltungskosten	314.900,00 DM	935.100,00 DM	1.490.300,00 DM	1.635.500,00 DM
Ausgaben	1.550.500,00 DM	4.581.400,00 DM	5.792.900,00 DM	6.393.300,00 DM

⁸ Für 1998 und 1999 sind Bibliothek und Archiv gemeinsam angeführt.

3. ZENTRALE AUFGABEN

Die Grundlage der Stiftungstätigkeit bilden das am 5. Juni 1998 vom Bundestag beschlossene Errichtungsgesetz der Stiftung, demzufolge auch die entsprechenden Bestimmungen der Bundeshaushaltsordnung und des Verwaltungsverfahrensgesetzes anzuwenden sind, die am 23. Oktober 2000 vom Stiftungsrat beschlossene Satzung sowie die ebenfalls vom Stiftungsrat am 12. März 2001 beschlossenen Fördergrundsätze.⁹ Die Stiftung setzt in ihrer inhaltlichen Arbeit entsprechend ihrem Errichtungsgesetz zwei Schwerpunkte. Zum einen unterstützt und fördert sie – sowohl finanziell als auch ideell – Projekte von Vereinen und Institutionen, die geeignet sind, im Sinne des Stiftungserrichtungsgesetzes zu wirken (siehe hierzu auch unter 3.1. und 3.2.). Zum anderen tritt sie eigenständig bzw. in Kooperation mit anderen Einrichtungen und Partnern mit Veranstaltungen, Publikationen und einer Vielzahl von Aktivitäten an die Öffentlichkeit (siehe hierzu auch 3.3.).

Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

- ◆ fördert und berät Projekte der gesellschaftlichen Aufarbeitung, privater Archive und von Opferverbänden, der Wissenschaft und der politischen Bildung;
- ◆ trägt zur Sicherung, Sammlung und Dokumentation von Materialien und Dokumenten insbesondere aus Widerstand und Opposition gegen die SED-Diktatur bei;
- ◆ unterstützt Beratung und Betreuung von Opfern politischer Verfolgung;
- ◆ fördert die internationale Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung von Diktaturen;

- ◆ meldet sich mit eigenen Publikationen und Veranstaltungen in der öffentlichen Debatte zu Wort;
- ◆ vergibt Stipendien und Preise.

Diese zentralen Aufgaben richten sich darauf, gemeinsam mit anderen Einrichtungen und in vielfältigen Formen zur umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in der SBZ und in der DDR beizutragen und die Erinnerung an das geschehene Unrecht, die Opfer und den Widerstand wachzuhalten, den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands zu festigen und die Folgen der deutschen Teilung zu überwinden.

Die Stiftung steht mit ihren vielfältigen Aktivitäten für eine lebendige und pluralistische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der SED-Diktatur und ihren Folgewirkungen für das vereinigte Deutschland und spielt eine aktive Rolle bei der Überwindung dieser Folgen. Sie versteht sich als Ansprechpartnerin und Mittlerin zwischen gesellschaftlicher Aufarbeitung, Kultur, Wissenschaft, Politik, Medien und der Öffentlichkeit. Zudem leistet sie durch vielfältige Veranstaltungen einen Beitrag zur Vernetzung und Wissensvermittlung zwischen Projektträgern und Öffentlichkeit.

⁹ Siehe hierzu im Anhang.

3.1. FÖRDERTÄTIGKEIT

Fördergrundsätze und Grenzen der Förderung

Zu den ersten Handlungen des Stiftungsrates gehörte am 3. September 1998 die Verabschiedung von „Grundsätzen eines Dringlichkeitsprogramms der gesellschaftlichen Aufarbeitung“¹⁰, womit der Schwerpunkt der durch die Stiftung ausgereichten Förderungen auf Projekte aus dem Bereich Gesellschaftliche Aufarbeitung gelegt wurde. Dieses Programm bildete in der Anfangszeit die Grundlage für die schnellstmöglich begonnene Projektförderung der Stiftung. Anschließend daran gab sich die Stiftung für die Bewilligung von Projekten interne Fördergrundsätze. Der Stiftungsrat bestätigte am 6. Mai 2000 die vorläufigen Bedingungen der Wissenschaftsförderung. Seit 12. März 2001 sind die vom Stiftungsrat bestätigten Fördergrundsätze für die Projektförderung der Stiftung maßgeblich, die von einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Mitglieds des Stiftungsrats, Prof. Hermann Weber, erarbeitet worden waren.¹¹

Insbesondere im Bereich Gesellschaftliche Aufarbeitung ist die Fülle der an die Stiftung herangetragenen Anträge auf Förderung von Projekten einerseits durch das vielfältige Spektrum von Einrichtungen und Initiativen, andererseits von einer Vielzahl und Vielfalt beantragter Projekte und einem sehr unterschiedlichen Umfang und Volumen der finanziellen Förderung gekennzeichnet. Dieses reicht von kleinsten Projekten mit Fördersummen von nur wenigen Hundert Mark bis hin zu Projekten, die mit einem Antragsvolumen von einer halben Million Mark an die Stiftung herantreten.

So differenziert wie die beantragten Summen sind auch die Antragsteller. Hierzu gehören u.a.:

- ♦ Opferverbände und -vereine, die ihren Ursprung in der Zeit stalinistischer Verfolgung nach 1945 haben und teilweise schon 1950 gegründet wurden, wie z.B. die Vereinigung der Opfer des Stalinismus oder der Verein „Hilferufe von drüben“;
- ♦ Vereine, die ihre Wurzeln in der Bürgerbewegung der DDR und der Umbruchszeit 1989/90 haben, wie die Bürgerkomitees, die ASTAK (Anti-Stalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße), Umweltbibliotheken oder Geschichtswerkstätten;
- ♦ nach 1990 entstandene Vereine und Initiativen bzw. Projektzusammenschlüsse, die sich mit spezifischen Aspekten der gesellschaftlichen Aufarbeitung befassen;
- ♦ Antragsteller aus dem westlichen Teil der Bundesrepublik, wie z.B. Seminargruppen an Universitäten, die sich bspw. mit Veranstaltungen den Themen geteilte Vergangenheit und deutsche Einheit annehmen, oder Vereine, die sich nach 1989/90 verstärkt mit der Wissensvermittlung über das SED-Unrecht in den alten Ländern befassen;
- ♦ Wissenschaftseinrichtungen;
- ♦ Museen und Gedenkstätten;
- ♦ Internationale Antragsteller.

Diese Vielfalt ist ein Beleg für die Breite der Aufarbeitungslandschaft. Die Stiftung setzt darauf, dass durch ihre Förderungen und Aktivitäten das Interesse für die deutschen Vergangenheiten und Fragen der Einheit weiter an Resonanz gewinnt und sich auch fest im westlichen Teil der Bundesrepublik etablieren wird.

¹⁰ Siehe hierzu im Anhang.

¹¹ Siehe hierzu im Anhang.

Förderpraxis

Die Stiftung nahm unmittelbar mit der Einrichtung der Geschäftsstelle zum 2. November 1998 die Förderung von Projekten auf. Dies war notwendig, da bei einer ganzen Reihe von Einrichtungen der gesellschaftlichen Aufarbeitung die ungesicherte Finanzierung dringendes Handeln erforderte, um ihren Bestand zu sichern. Insbesondere Archive, Bibliotheken, Museen und Gedenkstätten, die aus der DDR-Bürgerbewegung hervorgegangen sind, verbanden mit der Errichtung der Stiftung die Hoffnung, fortan eine dauerhafte, institutionelle Förderung ihrer Arbeit zu erfahren. Diesem verständlichen Wunsch steht jedoch das in dieser Hinsicht eindeutige Errichtungsgesetz der Stiftung entgegen, das eine „projektbezogene Förderung“ vorschreibt. Mittel- und langfristiger bedarf es hier dringend weiterer Fördergeber auf kommunaler und Länderebene. Die Stiftung folgt bei den von ihr vergebenen Förderungen dem Grundsatzgedanken, dass die Aufarbeitung der und die Erinnerung an die zweite Diktatur in Deutschland ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist und ein möglichst breites Spektrum an Projekten und Projektträgern unterstützt werden muss.

Anträge auf Förderung gingen bereits unmittelbar nach der Stiftungsgründung bei der kommissarischen Geschäftsführung im BMI ein und wurden von dieser beschieden. In der Anfangsphase der Stiftungsarbeit führten Personalknappheit, eine sehr große Anzahl von Projektanträgen und im Jahr 1999 zusätzlich die verspätete Verabschiedung des Bundeshaushalts zu Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung. Für das Jahr 2000 konnte aufgrund verbesserter Verfahren in der Stiftung, der Einstellung neuer Mitarbeiter im Zuwendungsbereich und der ebenfalls gewachsenen Erfahrungen bei den Antragstellern eine Normalisierung in der Projektbearbeitung und -bescheidung herbeigeführt werden. Für die Zuwendungsrunde 2002 war es der Stiftung erstmals

möglich, nahezu alle Bescheide noch vor dem Jahresende 2001 zu verschicken, was für die Projekte und Vereine eine hohe Planungssicherheit bedeutete.

In den vergangenen drei Jahren hat die Stiftung wichtige Erfahrungen bei der Bearbeitung und Betreuung von Anträgen und Projekten gesammelt und ein hohes Maß an Effizienz erreicht. Sie verstand und versteht sich in ihrem Verwaltungshandeln als Ansprechpartner und Dienstleister für Projekte und Vereine und ist bestrebt, ihr Handeln so transparent wie möglich zu gestalten. Selbstverständliche Grundlage der Förderungen ist der sparsame Umgang mit den der Stiftung anvertrauten öffentlichen Geldern. Gleichzeitig setzte die Stiftung darauf, durch individuelle Beratung und übergreifende Weiterbildungsangebote die Einarbeitungsprobleme der Anfangsphase auszugleichen. Die ersten Ergebnisse dieses kommunikativen Verwaltungshandelns lassen sich an einer zunehmenden Professionalisierung von Anträgen und Projektergebnissen ablesen. Dies wiederum führt zu einer größeren Projektkonkurrenz. So übersteigt der Finanzbedarf der eingereichten Förderanträge den Förderetat der Stiftung deutlich. Gleichzeitig ist eine interessante und wirksame Projektlandschaft zu registrieren, deren vielfältige Vorhaben die unterschiedlichsten Rezipienten ansprechen und sie für die jüngste deutsche Vergangenheit und Gegenwart interessieren. Die von der Stiftung dabei gesetzten Prioritäten beziehen sich nicht nur auf eine überzeugende inhaltliche Darstellung der Projekte, sondern auch auf die Öffentlichkeitswirksamkeit und Reichweite von Projekten sowie auf innovative und kreative Formen der Vermittlung. Dabei wird angestrebt, dass alle Projekte für die politische Bildungsarbeit an den unterschiedlichsten Einrichtungen beitragen können.

Im Jahr 2001 stellte sich die bereits erwähnte Konkurrenzsituation deutlich ein. Während es für das Haushaltsjahr 2001 noch möglich war, nach der ersten

Zuwendungsrunde eine zweite Runde im Frühjahr 2001 mit 400.000 DM Fördermitteln auszuschreiben, änderte sich die Situation für das Förderjahr 2002 grundlegend. Während in den Vorjahren Projekte kontinuierlich über das gesamte Haushaltsjahr hinweg bewilligt werden konnten, trat in diesem Jahr zum ersten Mal die Situation ein, dass alle vorhandenen Fördermittel bereits in der ersten Antragsrunde durch den Vorstand vergeben werden konnten.¹²

Haushaltsjahr 1998

Im Haushaltsjahr 1998 verfügte die Stiftung über einen Förderetat in Höhe von 1.382.000 DM.

Zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme im November 1998 lagen der Stiftung bereits 89 Zuwendungsanträge mit einem Volumen von 1.837.000 DM vor. 29 weitere Anträge kamen in den folgenden Wochen hinzu. Somit gingen bei der Stiftung für die nur zweimonatige Förderphase im Jahr 1998 118 Anträge ein. Dabei lag das Antragsvolumen weit höher als die zur Verfügung stehenden Mittel. Ein Teil der vorliegenden Anträge waren bereits von der kommissarischen Geschäftsführung im BMI abgearbeitet worden. Der Großteil der Anträge konnte jedoch erst nach dem 2. November 1998 in die Bearbeitung aufgenommen werden.

Von den eingereichten Anträgen wurden 57 mit einer Gesamtfördersumme von über 1.210.000 DM bewilligt. Das entsprach 88% des Zuwendungsetats. 18 Zuwendungsanträge mussten abgelehnt werden. 11 Anträge

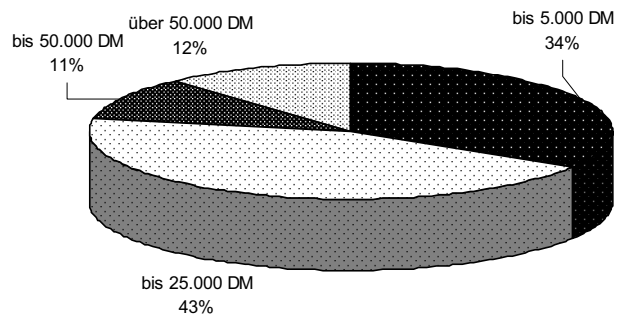
wurden zurückgezogen, die restlichen Anträge wurden für das Haushaltsjahr 1999 erneut eingereicht.

Haushaltsjahr 1999

Im Haushaltsjahr 1999 stand der Stiftung ein Betrag in Höhe von 3.757.000 DM zur Vergabe von Zuwendungen zur Verfügung. Darin enthalten waren 460.000 DM, die der Stiftung vom BMI für die Unterstützung von Vereinen und Verbänden von Opfern der SED-Diktatur übertragen worden waren.

Im Haushaltsjahr 1999 erreichten die Stiftung 227 Anträge mit einem Antragsvolumen in Höhe von 8.405.000 DM. Dazu zählen 51 Zuwendungsanträge von Vereinen und Verbänden von Opfern der SED-Diktatur, welche über die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) gestellt wurden, mit einem Antragsvolumen von 500.320 DM. Damit überstiegen die bei der Stiftung eingereichten Anträge die zur Verfügung stehenden Mittel um das Doppelte.

Anzahl der Bewilligungen 1999



Es konnten 130 Projekte bewilligt werden. Dies entsprach einem Fördervolumen von 3.588.000 DM. Davon

¹² Zu den statistischen Auswertungen siehe im Anhang.

wurden 47 Anträge der UOKG in Höhe von 475.000 DM bewilligt. 34 Prozent der vergebenen Fördermittel waren Beträge bis zu 5.000 DM; 43 Prozent der Projekte wurden mit bis zu 25.000 DM unterstützt; weitere 11 Prozent der geförderten Projekte erhielten Beträge zwischen 25.000 und 50.000 DM und 12 Prozent der Anträge erhielten über 50.000 DM Fördermittel. 38 Anträge konnten nicht gefördert werden und erhielten einen Ablehnungsbescheid. Zudem wurden 59 Anträge zurückgezogen, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben oder hatten sich anderweitig erledigt.

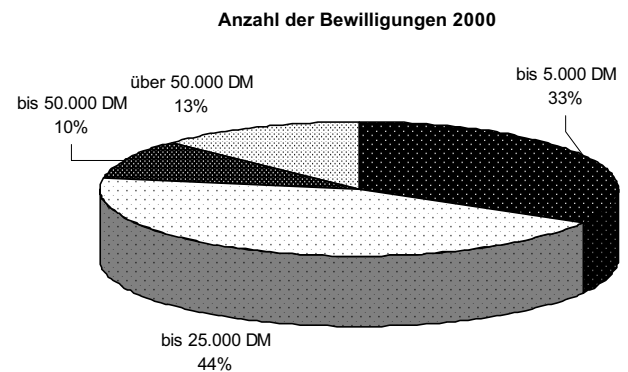
Da ein Teil der in der Stiftung eingereichten Anträge zwar von der Zielsetzung grundsätzlich als förderwürdig eingeschätzt wurde, jedoch im Hinblick auf die Konzeption und den Finanzierungsplan noch unausgereift war, konnte der Förderetat in 1999 nicht vollständig ausgeschöpft werden. Darüber hinaus gab es auch Zuwendungsempfänger, die nach ergangener Bewilligung aus verschiedenen Gründen ihre Anträge zurückzogen bzw. die bewilligten Mittel nicht abriefen.

Haushaltsjahr 2000

Der Förderetat im Haushaltsjahr 2000 hatte ein Volumen von 3.830.000 DM. Die Stiftung hatte über 249 Zuwendungsanträge zu entscheiden. Davon betrafen 55 Anträge die Opferverbände, welche in der UOKG organisiert sind. Das Antragsvolumen betrug 8.279.000 DM; darin enthalten 796.000 DM von Anträgen der UOKG.

Bewilligungsbescheide wurden für 165 Projekte in Höhe von 3.812.249 DM erlassen, wobei 44 Projekte der UOKG mit einem Betrag von 485.146 DM unterstützt wurden.

33 Prozent der bewilligten Projekte wurden mit bis zu 5.000 DM unterstützt; 44 Prozent erhielten bis zu 25.000 DM Fördermittel; 10 Prozent bis zu 50.000 DM und 13 Prozent der Projekte erhielten mehr als 50.000 DM an Fördermitteln.



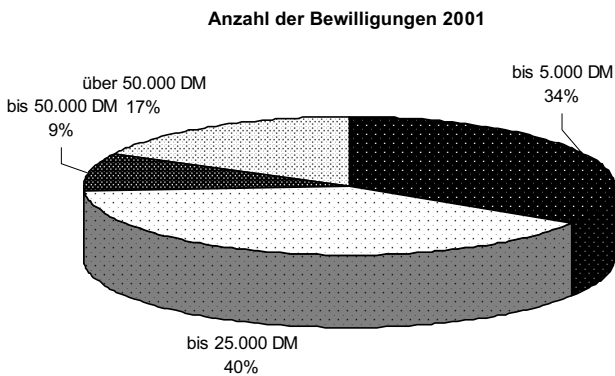
40 Zuwendungsanträge wurden abgelehnt und 44 Anträge zurückgezogen bzw. nicht aufrechterhalten, weil sie sich z.B. auf einen späteren Zeitpunkt verschoben oder das Projekt aus anderen Gründen nicht durchführbar wurde.

Haushaltsjahr 2001

Der Förderetat hatte im Haushaltsjahr 2001 ein Volumen von 3.890.000 DM. Die Stiftung hatte über 242 Zuwendungsanträge mit einem Gesamtvolumen von 8.197.237 DM zu entscheiden. Davon wurden 51 Anträge von Opferverbänden und -vereinen gestellt, die in der UOKG organisiert sind.

Bewilligungsbescheide wurden für 152 Projekte in Höhe von 3.910.955 DM erlassen. Darunter waren 36 Projekte der UOKG mit einem Betrag von 459.843 DM.

Im Jahr 2001 entfielen auf Projekte mit einem Volumen von bis zu 5.000 DM 34 Prozent, bis 25.000 DM waren es 40 Prozent und weitere 9 Prozent erhielten bis zu 50.000 DM, 17 Prozent der bewilligten Projekte erhielten mehr als 50.000 DM an Fördermitteln.



60 Zuwendungsanträge wurden abgelehnt und 30 Anträge zurückgezogen.

Schwerpunkte in der Fördertätigkeit

a) Auswertung der geförderten Projekte nach regionalen Gesichtspunkten

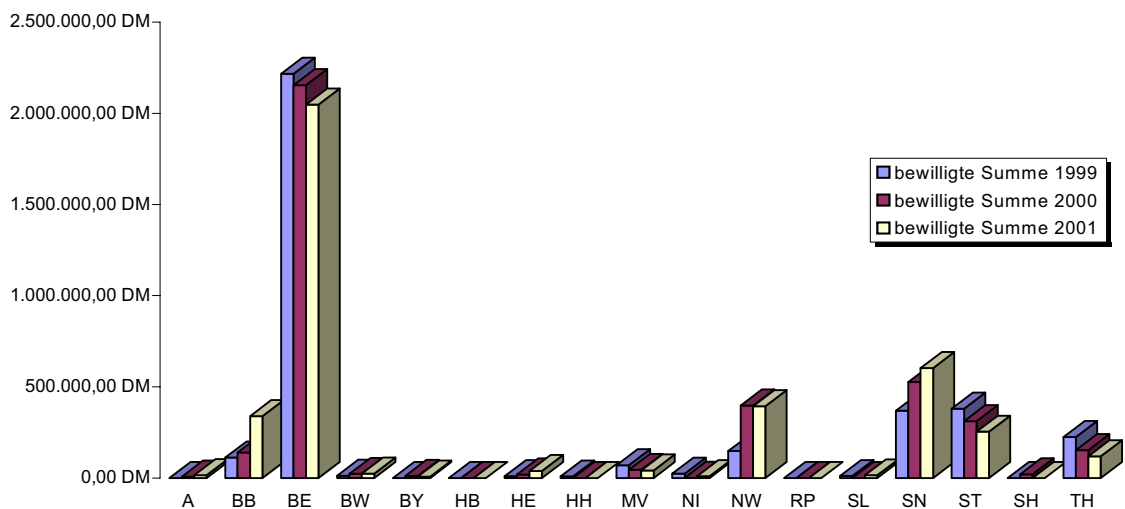
• **Schwerpunkt bei Berliner Projekten**

Ein großer Teil des Förderetats der Stiftung kam in den Jahren **1999 bis 2001 Berliner** Projekten zugute. Aus Berlin gingen bspw. 1999 mit über 50 Prozent des Gesamtantragsvolumens und 35 Prozent der beantragten Projekte auch die meisten Projektanträge ein. Die bewilligten Projektmittel flossen zu 63 Prozent nach Berlin.

Auch in den Förderjahren 2000 und 2001 bot sich ein ähnliches Bild. So flossen im Jahr 2000 56 Prozent und im Jahr 2001 53 Prozent der Fördermittel nach Berlin.

Eine Erklärung findet sich u.a. darin, dass eine Vielzahl von Vereinen und Projekten ihren Sitz in Berlin hat.

Bewilligungen von 1999-2001 nach Bundesländern gegliedert



- **Geringe Förderung im Westen**

Eine leichte Verbesserung ist beim Antragseingang und der Förderung von Projekten in **Westdeutschland** zu verzeichnen. Während 1999 lediglich 13 Prozent der Anträge aus den „alten“ Ländern kamen und mit den tatsächlich geförderten Projekten nur 6 Prozent der Fördermittel nach Westdeutschland flossen, konnte diese Summe im Förderjahr 2000 bereits auf 13 Prozent mehr als verdoppelt und in 2001 bei knapp 12 Prozent in etwa konstant gehalten werden.

Dieses noch immer starke Ungleichgewicht zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern erklärt sich vor allem aus der Genese der gesellschaftlichen Aufarbeitung und ihren Trägern, die überwiegend in den östlichen Bundesländern angesiedelt sind. Die Folgen der deutschen Teilung und der SED-Diktatur sowie Fragen der Gestaltung der deutschen Einheit werden in den Projekten bisher nur selten thematisiert. Regionale Förderschwerpunkte liegen in den östlichen Bundesländern neben Berlin, das jeweils immer über 50 Prozent der Förderungen erhielt, konstant in den Ländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Insgesamt entfallen auf diese vier Bundesländer jeweils etwa 80 Prozent der ausgereichten Fördermittel.

b) Auswertung der Projektförderungen nach Antragstellern

- **Drei Vereine „Hauptempfänger“: ASTAK, RHG, Bürgerkomitee 15. Januar**

Ein großer Anteil der Projektförderung fließt seit 1999 drei Berliner Projektträgern zu. Die Robert-Havemann-Gesellschaft, die ASTAK sowie das Bürgerkomitee 15. Januar teilten sich in den Jahren 1999 bis 2001 rund ein Drittel des Förderetats der Stiftung.

Deren Anteil am Gesamtfördervolumen beträgt

1999: 1.247.875 DM – 34 Prozent

2000: 1.043.098 DM – 27 Prozent

2001: 1.008.295 DM – 26 Prozent

(je ca. 400.000 DM ASTAK und RHG, 250.000 DM Bürgerkomitee 15. Januar)

- **Antragsteller aus dem Bereich Gesellschaftliche Aufarbeitung haben Priorität**

Zwischen 1999 und 2001 lag der Schwerpunkt bei den geförderten Projekten durchgängig bei Antragstellern und ihren Projekten aus dem Bereich der Gesellschaftlichen Aufarbeitung.

Dazu zählen insbesondere

- ♦ Vereine und Initiativen
- ♦ Opferverbände
- ♦ Unabhängige Archive

Die anteilige Vergabe der Fördermittel erfolgte 1999 zu 28 Prozent an Museen und Gedenkstätten (2000: 22 Prozent; 2001: 20 Prozent), zu 27 Prozent an Vereine und Aufarbeitungsinitiativen (2000: 21 Prozent; 2001: 23 Prozent), zu 23 Prozent für die unterschiedlichsten Projekte von und bei unabhängigen Archiven wie einschlägige Archivarbeiten, etwa Erschließung der Bestände, aber auch Veranstaltungen und Ausstellungen (2000: 21 Prozent; 2001: 20 Prozent).

• **Wissenschaftseinrichtungen werden kaum berücksichtigt**

Lediglich 2 Prozent der ausgereichten Fördermittel gingen 1999 an **Wissenschaftseinrichtungen**. Im Jahr 2000 erhöhte sich die an Wissenschaftseinrichtungen ausgereichte Fördersumme auf 6 Prozent und ging 2001 leicht auf 5 Prozent zurück (siehe Graphik S. 26). Die damit geförderten Projekte betrafen bis 2001 weniger Forschungsvorhaben, sondern vor allem wissenschaftliche Tagungen und Publikationen.

• **Förderung von Opferverbänden und -vereinen**

32 Prozent der im Jahr 1999 und 27 Prozent der im Jahr 2000 bewilligten Projekte, für die in beiden Jahren jeweils rund 15 Prozent des Förderetats aufgewandt werden konnte, wurden von Verbänden und Vereinen der Opfer der SED-Diktatur gestellt. 2001 entfielen auf diese Antragstellergruppe 12 Prozent der Mittel sowie 26 Prozent aller geförderten Projekte.

c) **Auswertung der Projektförderungen nach Förderbereichen¹³**

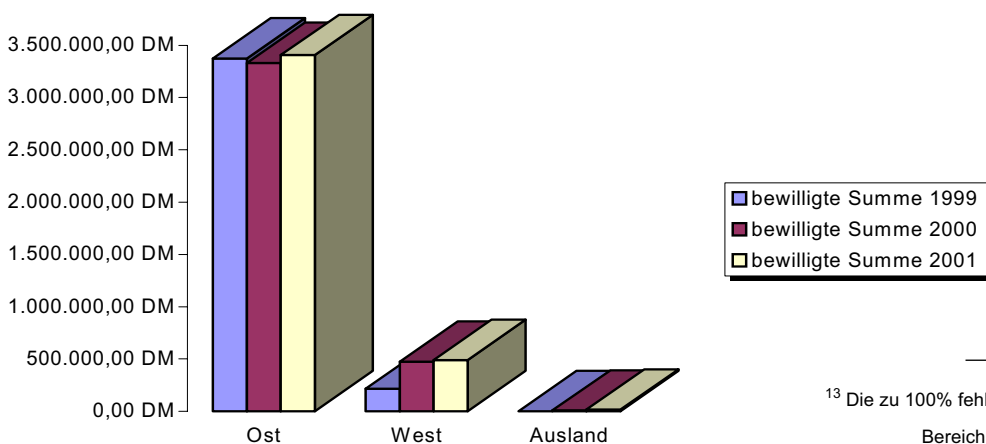
• **Förderbereich Gesellschaftliche Aufarbeitung hat Priorität**

Auch bei der Auswertung der ausgereichten Mittel nach Förderbereichen lag der Schwerpunkt der Förderung in den Jahren von 1999 bis 2001 eindeutig im Bereich der Gesellschaftlichen Aufarbeitung.

Hier wird ein breites Spektrum von Projekten (wie Dokumentationen, Forschungsvorhaben der gesellschaftlichen Aufarbeitung, Filme, Ausstellungen, Veranstaltungen etc.) der unterschiedlichsten Antragsteller (Vereine, Archive, Museen, Gedenkstätten, Filmproduzenten, Einrichtungen der politischen Bildung etc.) gefördert.

So flossen **1999** rund **72 Prozent** aller ausgereichten Mittel in Projekte der **Gesellschaftlichen Aufarbeitung**; 2000 waren es 69 und 2001 62 Prozent. Im Förderbe-

Bewilligte Summen 1999-2001



¹³ Die zu 100% fehlenden Beträge entfallen auf den Bereich Internationale Zusammenarbeit.

reich Gesellschaftliche Aufarbeitung nimmt die Förderung der aus der unabhängigen Friedens- und Umweltbewegung hervorgegangenen unabhängigen Archive einen wichtigen Platz ein. So flossen 1999 31 Prozent der für Projekte der Gesellschaftlichen Aufarbeitung ausgereichten Mittel in unabhängige Archive. Im Jahre 2000 blieb dieser Anteil konstant und betrug 2001 noch 30 Prozent.

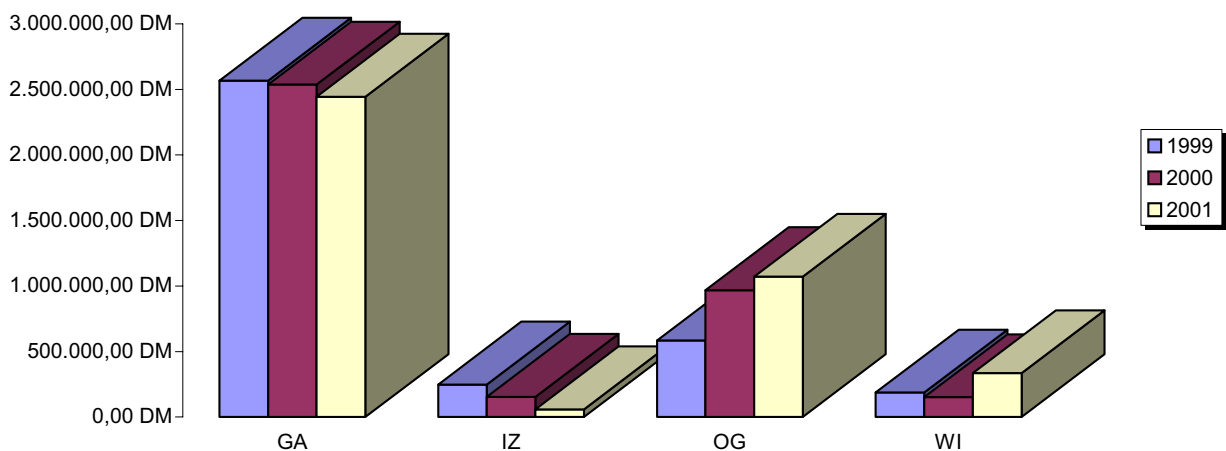
Zu den im Bereich der Gesellschaftlichen Aufarbeitung geförderten inhaltlichen Schwerpunkten zählen u.a.

- ♦ Dokumentationsvorhaben (1999: 37%; 2000: 34,8%; 2001: 34,8%)
- ♦ Ausstellungen und Filme (1999: 40,8 %; 2000: 36,6%; 2001: 37,3%)
- ♦ Veranstaltungen (1999: 1,1%; 2000: 12,9 %; 2001: 11,6%)

- ♦ Forschungsvorhaben (1999: 12 %; 2000: 8,3 %; 2001: 10,1%)
- ♦ Zeitschriften (1999: 4,6%; 2000: 5%; 2001: 5,3%)
- ♦ Druckbeihilfen (1999: 1%; 2000: 1,8%; 2001: 0,6%)
- **Förderbereich Opfer/Gedenken erhält ca. 30 Prozent der Mittel**

In den **Förderbereich Opfer/Gedenken** flossen 1999 16 Prozent der ausgereichten Mittel. Dieser Anteil konnte 2000 auf 25 Prozent und 2001 weiter auf 27 Prozent erhöht werden. Hierunter fallen nicht nur von Opferverbänden und -vereinen realisierte Projekte zur Opferberatung, sondern auch von Institutionen der Gesellschaftlichen Aufarbeitung wie bspw. dem Bürgerbüro Berlin durchgeführte Projekte, die zu einer besseren Kenntnis über Probleme bei der Bearbeitung und Anerkennung von Entschädigungs- und Rehabilitierungsfragen führen und

Bewilligungen 1999-2001 gegliedert nach Förderbereichen



(GA = Gesellschaftliche Aufarbeitung; IZ = Internationale Zusammenarbeit; OG = Opfer und Gedenken; WI = Wissenschaft)

in deren Ergebnis Empfehlungen an Gesetzgeber und Behörden bei der Umsetzung einschlägiger Regelungen ergehen. Hierzu zählen aber auch Projekte, die dazu dienen, Beratung und Betreuung von Opfern politischer Verfolgung zu verbessern, unterstützende Handreichungen für Betreuer und Berater zu erarbeiten sowie spezifische Formen von Verfolgung und Unterdrückung zu ermitteln und in ihrer Wirkungsweise zu verdeutlichen. Hierzu gehört bspw. auch ein mehrjähriges beim Behandlungszentrum für Folteropfer angesiedeltes Projekt.

- **Wissenschaftsförderung gehört zu den kleinsten Förderbereichen**

Die Schwerpunktsetzung der Stiftungsförderung in den Bereichen Gesellschaftliche Aufarbeitung sowie Opfer und Gedenken zog eine Selbstbeschränkung im Bereich Wissenschaftsförderung nach sich. So schließt die Stiftung bis auf weiteres die Förderung von ein- oder mehrjährigen wissenschaftlichen Forschungsprojekten aus. Hiervon ausgenommen ist die Finanzierung von Qualifizierungsstellen (0,5 BAT IIa bzw. BAT (O) IIa) im Angestelltenverhältnis zum Zwecke der Promotion, die Personen vorbehalten bleibt, denen es in der DDR aus politischen Gründen verwehrt war, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen.

Im Zentrum der Wissenschaftsförderung der Stiftung steht daher vor allem die Drucklegung von wissenschaftlichen Publikationen sowie die Ausrichtung von Konferenzen und Tagungen. In geringem Umfang kann der Fehlbedarf bei solchen Forschungs- und Dokumentationsvorhaben ausfinanziert werden, die im wesentlichen mit Eigen- oder Fremdmitteln des Antragstellers realisiert werden.

Auf den Förderbereich Wissenschaft entfielen im Jahr 1999 5 Prozent der Fördermittel. Dieser Anteil ging im Jahre 2000 auf 4 Prozent zurück. Der deutliche Zuwachs

auf 9 Prozent im Jahre 2001 erklärt sich vor allem damit, dass in diesem Haushaltsjahr erstmals zwei Qualifizierungsstellen bewilligt wurden, die auf der oben erwähnten Ausnahmeregelung beruhten.

Zu diesem Förderbereich kommen des weiteren die sechs zum 1. Januar 2001 sowie die sieben im Sommer gleichen Jahres vergebenen Promotionsstipendien hinzu, die mit insgesamt 217.000 DM weitere 5,9% der Fördermittel ausmachen.

- **Besonderheiten der Forschungsförderung durch die Stiftung Aufarbeitung**

In allen Förderbereichen der Stiftung sind Projekte zu verzeichnen, die darauf abzielen, quellengestützte Publikationen zu den unterschiedlichsten Aspekten der DDR-Geschichte zu erarbeiten. In den im Anhang aufgeführten Projektlisten sind diese Maßnahmen mit dem Kürzel „FO“ versehen. Das Spektrum dieser Arbeiten reicht dabei von der Erstellung von Broschüren zu regionalgeschichtlichen Themen bis hin zu ambitionierten wissenschaftlichen Publikationsvorhaben. Auch hier spiegelt sich die Schwerpunktsetzung auf Projekte der Gesellschaftlichen Aufarbeitung sowie des Bereiches Opfer/Gedenken wider. Während im Jahre 1999 lediglich 22 Prozent der für diese Kategorie aufgewandten Fördermittel Projekten der Wissenschaftsförderung zugute kamen, lag der Anteil der Projekte im Bereich Opfer/Gedenken bei 12 Prozent und im Bereich Gesellschaftliche Aufarbeitung bei 60 Prozent. Rund ein Viertel der „Forschungsprojekte“ im Bereich Gesellschaftliche Aufarbeitung waren bei den unabhängigen Archiven angesiedelt.

Im Jahre 2000 wurden 46 Prozent der Fördermittel der Forschungsförderung für Publikationsvorhaben im Bereich Opfer/Gedenken, 40 Prozent im Bereich Gesellschaftliche Aufarbeitung und nur 11 Prozent für genuin wissenschaftliche Vorhaben aufgewandt.

2001 wurden insgesamt 885.575 DM Fördermittel für die vielgestaltigen Forschungsprojekte ausgereicht, mit denen in der Regel Honorare oder Gehälter für die Projektbearbeiter finanziert wurden. Diese Fördermittel verteilten sich zu 28 Prozent auf den Bereich Gesellschaftliche Aufarbeitung, zu 39 Prozent auf den Bereich Opfer/Gedenken und zu 28 Prozent auf Projekte, die aus dem Bereich Wissenschaft stammen.

Alle unter FO subsummierten Projekte wenden dabei in unterschiedlichem Maße wissenschaftliche Methoden und Herangehensweisen an, wobei eine zunehmende Professionalisierung im Sinne einer systematischen wissenschaftlichen Forschungstätigkeit bei Projekten aus dem Bereich Gesellschaftliche Aufarbeitung zu registrieren ist.

3.2. BEISPIELHAFTE PROJEKTFÖRDERUNGEN UND PROJEKTERGEBNISSE

I. Förderbereich Gesellschaftliche Aufarbeitung

Wie bereits beschrieben, hatte die Förderung von Projekten aus dem weiten Feld der gesellschaftlichen Aufarbeitung oberste Priorität. Eine Vielzahl der geförderten Projekte stand in den Jahren 1999 und 2000 im Zeichen der friedlichen Revolution und des 10. Jahrestages der deutschen Einheit. Im Jahr 2001 lag ein Schwerpunkt bei der Förderung von eingereichten Projekten beim Thema „13. August 1961 – der Mauerbau und seine Folgen“.

a) Ausstellungen

Unter den geförderten Projekten gab es zahlreiche Ausstellungen zum Thema der friedlichen Revolution, der Grenzöffnung 1989 und der deutschen Einheit. In den Jahren 1998-2001 wurden unter anderem folgende Ausstellungen gefördert:

- ♦ Zu einem der größten Förderschwerpunkte in diesem Bereich gehörte die Kofinanzierung der Ausstellungstätigkeit des Vereins ASTAK in der Zentrale des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, dem Dienstsitz von Erich Mielke in der Normannenstraße in Berlin. In den auf zwei Etagen verteilten Ausstellungsräumen werden thematische Ausstellungen zur Arbeit und Wirkungsweise des MfS, zu Opposition, Verfolgung und Widerstand sowie zur friedlichen Revolution in der DDR gezeigt.
- ♦ Im „Museum in der Runden Ecke“, dem ehemaligen Sitz der Bezirksverwaltung des MfS Leipzig, wurde die Überarbeitung und Erweiterung der dortigen ständigen Ausstellung gefördert.
- ♦ Das Haus der Demokratie erarbeitete eine Wanderausstellung zum Thema „Der lange Herbst der Utopie – Berlin 1989/1990“, die im Kongresszentrum am Alexanderplatz gezeigt wurde, in unmittelbarer Nähe zu dem Ort, an dem am 4. November 1989 die größte Protest- und Massendemonstration gegen das SED-Regime stattfand.
- ♦ Von der Geschichtswerkstatt Jena wurde eine Ausstellung zum Thema „Zehn Jahre Umbruch – Der Weg zur deutschen Einheit“ erarbeitet.
- ♦ Der Verein Zeitgeschichten e.V. in Halle/Saale befasste sich in einer Ausstellung mit den Ereignissen und dem Verlauf der friedlichen Revolution in der Saalestadt.
- ♦ Das deutsch-deutsche Museum Mödlareuth zeigte eine Ausstellung mit dem Titel „Im Zeichen der Wende“.
- ♦ Von der Arbeitsgemeinschaft Grenzlandmuseen wurde eine Gemeinschaftsausstellung zum Thema „Im Zeichen der Wende – 10 Jahre Öffnung der Grenze“ erarbeitet, die in verschiedenen Grenzlandmuseen zu sehen war. Diese Gemeinschaftsausstellung basierte auf dem Prinzip, die grundlegenden Entwicklungen beim Ausbau der Grenzanlagen und der hermetischen Abriegelung der Grenze der DDR zur Bundesrepublik in einem gemeinschaftlichen Modul zu erarbeiten, das in Kopie für alle beteiligten Grenzlandmuseen zur Verfügung gestellt wurde. Zusätzlich erarbeitete jedes Grenzlandmuseum für seine regionalen Besonderheiten der lokalen Grenzabschnitte eigene Ausstellungsanteile, die die Grundmodule jeweils ergänzten. Damit konnte in einem beispielhaften Kooperationsprojekt ein gangbarer Weg zur Kostenoptimierung bei inhaltlich-thematisch gleichen Ausstellungen beschritten werden.
- ♦ Beim kirchlichen Forschungsheim – Ökologische Bildung und Beratung e.V. wurde eine Wanderausstel-



lung zur Geschichte der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR mit dem Titel „Pflanzzeit“ gefördert.

- ♦ Die Kreisau-Initiative erarbeitete für die Ausstellung „In der Wahrheit leben“ eine Computerversion, die eine bereits bestehende Version um weitere 35 Präsentationen mit Ton-, Film- und Textdokumenten zu Themen von Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR ergänzte.
- ♦ Vom Verein „Über die Ostsee in die Freiheit“ wurde eine gleichnamige Ausstellung zur Fluchtbewegung über die Ostsee erstellt. Die Darstellung der allgemeinen Grenzsituation sowie ausgewählter Einzelschicksale von Flüchtlingen wurde ergänzt durch die Präsentation von für die Flucht genutzter „Fluchtmobile“ sowie eine Klanginstallation.
- ♦ In der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde in Berlin wurde die Ausstellung „Von Deutschland nach Deutschland“ unterstützt. Das Notaufnahmelager Marienfelde wurde im Gefolge des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 und der sich durch die massive politische Verfolgungswelle in der DDR verstärkenden Fluchtbewegung eingerichtet; bis 1990 passierten das Lager mehr als 1,25 Millionen Flüchtlinge aus der DDR.
- ♦ Mit einem ganz anderen Thema der politischen und ideologischen Indoktrinierung in der DDR setzte sich die Ausstellung „Comic in der DDR“ auseinander. In dieser Ausstellung mit dem Titel „Keiner zu klein, Kämpfer zu sein“ wurde anhand von Produktionsgeschichten und Zeichnungslegenden die politische Einflussnahme auf die vordergründig als harmlos und unpolitisch erscheinenden Kinder- und Jugendcomics in der DDR vorgestellt.
- ♦ In der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus wurde unter dem Titel „50 Jahre danach –

verfolgte und verbotene Komponisten unter Stalin“ eine Ausstellung gefördert.

- ♦ Über den Förderverein für Memorial förderte die Stiftung die Erarbeitung einer Ausstellung „Von Potsdam nach Workuta“, in der die Deportation von Häftlingen der GPU-Keller und sowjetischen Speziallager nach Sibirien thematisiert wurde.
- ♦ Beim Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart wurde eine Ausstellung zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 gefördert, die begleitend zur Eröffnung des Mahnmals für den Volksaufstand am heutigen Bundesfinanzministerium gezeigt wurde. Anlässlich der Einweihung des auf den preisgekrönten Entwurf von Wolfgang Rüppel basierenden Denkmals, das in einer bodennahen Installation Photos von Arbeitern zeigt, die am 17. Juni 1953 demonstrierten, wurde in der Eingangshalle des BMF eine Ausstellung mit ergänzenden Informationen zum Denkmal und zum Wandbild von Max Lingner gezeigt, das als Bezugspunkt für die preisgekrönte Arbeit von Wolfgang Rüppel diente. Die Ausstellung lieferte Hintergrundinformationen zum Denkmalsentwurf und zugleich eine politisch-historische Einordnung des Volksaufstandes.

Neben diesen in den Jahren 1999 und 2000 abgeschlossenen Ausstellungsprojekten wurden zur selben Zeit bereits vorbereitende Arbeiten zu weiteren Ausstellungsprojekten, die schließlich im Jahr 2001 gezeigt werden konnten, durch die Stiftung gefördert. Hierzu zählte bspw. eine Ausstellung über die Frauenhaftanstalt in Hoheneck/Stollberg, die zum Symbol der politischen Haft von Frauen in der DDR geworden war. Die Ausstellung konnte am 3. Oktober 2001 im Stadtmuseum einen dauerhaften Platz finden.

- ♦ Auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Nebenlagers in Jamlitz-Lieberose, das nach 1945 als sowjetisches



NKWD-Speziallager Nr. 6 genutzt wurde, beteiligte sich die Stiftung an den Vorarbeiten für die Einrichtung einer Dokumentations- und Erinnerungsstätte. Sie förderte die Erarbeitung einer Dauerausstellung. Begleitend dazu unterstützte die Stiftung ein beim Institut für Geschichte und Biographie in Lüdenscheid angesiedeltes filmisches Zeitzeugenprojekt, in dem Einwohner der Orte Jamlitz/Lieberose sowie ehemalige Häftlinge des Speziallagers über ihre Erfahrungen sprechen.

- ♦ Anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung des Pankower Friedenskreises konnte im Herbst 2001 im Gemeindehaus Pankow eine Ausstellung eröffnet werden, die sich mit der Geschichte und den Wirkungsformen dieses oppositionellen Kreises in der DDR, seinen Protagonisten und der Verfolgung durch die Staatssicherheit zwischen 1981 und 1989 befasste.
- ♦ Mit einem anderen Aspekt „Pankower“ Geschichte befasste sich die vom Verein Alltagskultur und Politik erarbeitete Ausstellung zum „Städtchen“ – dem bis 1960 hermetisch abgeriegelten Wohngebiet der SED-Führung in Pankow. Hier residierten die Mitglieder von Regierung und Politbüro, empfingen Staatsgäste und bereiteten gravierende politische Entscheidungen vor. Die Ausstellung im ehemaligen Wohnhaus von Wilhelm Pieck präsentierte erstmals bisher unveröffentlichtes Material des MfS, das den ersten Präsidenten der DDR im hohen Alter in schwer krankem Zustand bei offiziellen Staatsempfängen zeigt. Aus diesem Material schnitt die DDR-Propaganda später einzelne Aufnahmen für Propagandazwecke heraus.
- ♦ Anlässlich des 40. Geburtstages von Amnesty International (ai) förderte die Stiftung ein Ausstellungsprojekt zum Wirken von ai zwischen 1961 und 1989 bei der Betreuung von politischen Gefangenen im SED-

Staat. Die Ausstellung konnte anlässlich des 40-jährigen Bestehens von ai am Gründungstag, dem 28. Mai 2001, im neuen Sitz des Hauses der Demokratie und Menschenrechte in der Greifswalder Straße in Berlin eröffnet werden. Sie beschrieb die Situation der Menschenrechte unter der SED-Diktatur aus Sicht von ai als einer Nichtregierungsorganisation. Es wurde gezeigt, welchen Anteil und welche Möglichkeiten ai hatte, vom Ausland aus für die Einhaltung der Menschenrechte und für politische Gefangene einzutreten. Die Ausstellung stellte zwei Fragen in den Mittelpunkt. Zum einen, welche Wirkung der Einsatz von ai hatte, und zum anderen die Frage nach der Reaktion des SED-Regimes auf die Forderungen von ai. Zeitzeugeninterviews mit Mitarbeitern von ai und ehemaligen politischen Gefangenen ergänzten die Tafel-ausstellung.

- ♦ Entsprechend dem thematischen Schwerpunkt im Jahr 2001 entstanden vor allem auch Ausstellungen, die sich im vierzigsten Jahr des Mauerbaus mit diesem Ereignis und seinen Folgen auseinander setzten. Bei der ASTAK stand die historisch-politische Bildungsarbeit unter dem Schwerpunkt „Die Berliner Mauer, die innerdeutsche Grenze, Flucht und Ausreise“. Daneben wurde beim Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam eine Veranstaltung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus mit einem Requiem zum Gedenken an die Opfer sowie einer öffentlichen Veranstaltung vor dem Reichstagsgebäude gefördert. Diesem Thema widmete sich auch eine Konferenz der Evangelischen Akademie mit dem Titel „Betonierte Teilung. Die Mauer, das Grenzregime und die Folgen“. Eine weitere Veranstaltung befasste sich mit der Situation der Kirchen im geteilten Berlin.
- ♦ Dem Thema „Mauerbau“ war auch die Ausstellung des Berliner S-Bahn-Museums „Der 13. August und die Berliner S-Bahn“ gewidmet. Nicht nur die auf



menschlich-persönlichem Gebiet gravierenden und weitreichenden Folgen der deutschen Teilung wurden thematisiert, sondern auch die Auswirkungen der Unterbrechung von S-Bahn-Linien in der geteilten Stadt und der Einmauerung von S-Bahnhöfen in Ostberlin – um der dortigen Bevölkerung den Fluchtweg über die S- und U-Bahnschächte zu verbauen – auf die Infrastruktur in Berlin.

Zahlreiche dieser Projekte legten ihren Schwerpunkt auf die Einbeziehung von Zeitzeugen, die in den Ausstellungen mittels eingebauter Ton- bzw. Video- und Filmsequenzen zu Wort kamen.

Dies verweist auf einen weiteren Förderschwerpunkt der Stiftung. So werden vor allem auch Projekte unterstützt, die mit dem Mittel der Zeitzeugenbefragungen arbeiten und so dazu beitragen, die Erinnerungen und Erfahrungen von Opfern der Diktatur und Menschen, die sich dieser Diktatur widersetzt haben, zu bewahren. So führte das Bürgerbüro Berlin verschiedene Zeitzeugenprojekte, bspw. zur Enteignung in der Landwirtschaft der DDR, zu Jugendlichen in Jugendwerkhöfen der DDR oder zum Thema Ausreise aus der DDR, durch. Diese Projekte dienten jedoch nicht nur dazu, die Erfahrungen der Betroffenen zu sammeln, sondern auch anhand der von ihnen geschilderten Verfolgungen Empfehlungen für die Verbesserung der Beratung und Betreuung von Opfern politischer Verfolgung in der SBZ/DDR zu erarbeiten.

An der Gedenkstätte Sachsenhausen wurde ein Zeitzeugenprojekt zur Problematik „Frauen und Kinder in politischer Haft in der SBZ/DDR“ gefördert, in dem zahlreiche Frauen und deren in sowjetischen Speziallagern zwischen 1945 und 1950 und in DDR-Haftanstalten nach 1950 geborenen Kinder ihre Lebens- und Leidensgeschichten erzählen. Aus diesem Projekt ging auch ein Dokumentarfilm hervor, den der ORB produzierte. Darüber hinaus ist im Herbst 2001 ein Buch mit dem Titel

„Kindheit hinter Stacheldraht“ von Alexander Latotzky erschienen, der selbst 1947 im „gelben Elend“ in Bautzen zur Welt kam.

Dem Thema politischer Verfolgung widmete sich ein Videodokumentationsprojekt des Landesverbandes der VOS Sachsen, in dem Videointerviews mit ehemaligen politischen Häftlingen geführt wurden.

Beim Bund katholischer Akademikerinnen wurde ein Interviewprojekt mit christlichen Frauen unterstützt, die sich in Opposition zum SED-Staat befanden.

In vielen Fällen bilden diese Projekte die Grundlage für weitergehende Vorhaben. So stellen die gesammelten Interviews oftmals die Grundlage für Veröffentlichungen, Ausstellungen, Filme oder auch Expertisen über rechtliche Desiderata bei der Unterstützung von Opfern der SED-Diktatur dar.

b) Filme und Multimedia-Projekte

Die von der Stiftung bislang geförderten Filmprojekte haben ausnahmslos dokumentarischen Charakter und setzen ihren methodischen Schwerpunkt auf die Arbeit mit Zeitzeugen. Als ein Kriterium für ihre Förderentscheidungen bei Filmprojekten gilt für die Stiftung die Zusage eines öffentlich-rechtlichen Senders zur Ausstrahlung der mit Hilfe der Stiftung realisierten Filmprojekte. Darüber hinaus präsentiert die Stiftung auf eigens organisierten Veranstaltungen die von ihr geförderten Filme mit anschließenden Podiumsdiskussionen.

Einer der ersten von der Stiftung geförderten Filme widmete sich anlässlich der „Waldheimer Prozesse“ von 1950 dem Thema der politischen Justiz in der DDR am Beispiel verschiedener Haftschicksale. Dieser Zeitzeugenfilm konnte im Jahr 2000 bei der gemeinsam von der Stiftung Aufarbeitung und der Stiftung Sächsische



Gedenkstätten veranstalteten Tagung „50 Jahre Waldheimer Prozesse“ uraufgeführt werden. In Berlin wurde der Film bei einer gemeinsamen Präsentation mit der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR im Kinosaal der BStU aufgeführt. Mit den Gedenkstätten Bautzen und Frankfurt (Oder) entstand ein Filmporträt über Joachim Stern, der sich der politischen Verfolgung von Jugendlichen in der SBZ/DDR annahm. Ein weiteres Filmprojekt des Arbeitskreises Grenzinformation befasste sich im Jahr 2000 mit Grenzgeschehnissen und der Grenzöffnung 1989.

Die Stiftung unterstützte zudem ein Projekt eines studentischen Filmteams. Das Ergebnis ist der Zeitzeugen-Dokumentarfilm „Keine verlorene Zeit“, in dem die Schicksale junger Menschen, die sich in Opposition zur DDR befunden hatten und für die Teilnahme an einem von der Staatsmacht als gefährlich eingestuften Gesprächskreis zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, eindrucksvoll dargestellt werden.

Mit dem Dokumentarfilm „Wer dort war, schweigt“ über das ehemalige Militärgefängnis der DDR in Schwedt gelang dem Filmteam der Firma VIDICON, das den Film mit Unterstützung der Stiftung herstellen konnte, ein „Quotenbrecher“! Mit über 1 Million Zuschauern erzielte der Film bei seiner Ausstrahlung im MDR 18 Prozent Sehbeiträge, was zu den höchsten Einschaltquoten für zeitgeschichtliche Dokumentationen des Senders gehört.

Im Jahr 2001 konnten drei weitere von der Stiftung geförderte Filme an die Öffentlichkeit gebracht werden. So entstand anlässlich des 40. Jahrestags des Mauerbaus eine filmische Dokumentation über die Mitglieder der „Glatzkopfbande“, die im Sommer 1961 unter gefälschten Tatvorwürfen zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Die ihnen unterstellten angeblichen Taten nahm die DDR-Führung zum Anlass, propagandistisch den Mauerbau zu rechtfertigen.

Auch mit dem Dokumentarfilm „Geboren 1955 – erschossen 1966“ wurde der Folgen des Mauerbaus mit filmischen Mitteln gedacht. Vor dem Hintergrund der „Mauerschützenprozesse“ wurde die Tötung zweier Kinder im Frühjahr 1966 an der Berliner Mauer dokumentiert und die Geschehnisse rekonstruiert. Das Geschehen wurde bereits 1966, nur wenige Tage nach der Tat, dokumentiert, und erste Ermittlungen wurden angestellt. Als die Berliner Staatsanwaltschaft Anfang der neunziger Jahre nach den mutmaßlichen Todesschützen und den politisch Verantwortlichen zu suchen begann, konnte sie sich auf die Rechercheergebnisse von 1966 stützen. Der Film wurde am 13. August 2001 von der Stiftung und der BStU in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt.

Anlässlich des 12. Jahrestags des Mauerfalls präsentierte die Stiftung am 8. November 2001 den von ihr geförderten Film „Die Unliebsamen“, der sich mit dem Thema „Ausreise aus der DDR“ auseinandersetzt und die Motive für das Verlassen der DDR ergründete. Besonderes Augenmerk richtete der Film auf die heutige Situation und die Reflexionen dieser Menschen zur deutschen Einheit.

Die Stiftung förderte die Erarbeitung einer CD-ROM zu den Ereignissen auf dem Dresdner Theaterplatz am 4.12.1989 sowie eine Multimedia-Präsentation für die Grenzlandmuseen zur Geschichte der Grenze und der deutschen Teilung. Zahlreiche Internetauftritte von Vereinen und Initiativen konnten mit der Förderung durch die Stiftung ins Netz gebracht werden.

Diesen Projekten kommt bei der Vermittlung des Stiftungsauftrages eine wichtige Multiplikatorenfunktion zu. Nicht nur, dass sie einer größeren Öffentlichkeit über Präsentationen mit Kooperationspartnern wie den Landeszentralen für politische Bildung, den Landesbeauftragten, medienpädagogischen Zentren oder Gedenkstätten vorgestellt werden können; die Filme erreichen

über die Ausstrahlung im öffentlich-rechtlichen Programm der Sendeanstalten ein gesamtdeutsches Publikum.

Ihrem Auftrag entsprechend befasst sich die Stiftung jedoch nicht nur mit der Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur, sondern unterstützt auch die Beschäftigung mit aktuellen Fragen des Einheitsprozesses. So wurde in Freiburg i.Br. ein studentisches Veranstaltungsprojekt mit dem Titel „Dunkeldeutschland“ gefördert. Darüber hinaus finanzierte die Stiftung ein deutsch-deutsches Dialogprojekt mit dem Titel „Ost-West-Begegnungen“, in dem Menschen aus Ost- und Westdeutschland ganz im Sinne des von Wolfgang Thierse angemahnten Dialogs zwischen den Ost- und Westdeutschen ihre Erfahrungen austauschten und sich ihre Geschichten erzählten, um Vorurteile abzubauen und Klischees aufzubrechen.

II. Förderbereich Publikationen

a) Druckbeihilfen

Zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages gewährt die Stiftung seit 1999 Druckkostenzuschüsse zu den unterschiedlichsten Publikationen, die zur umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland beitragen und die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer wach halten.

In den Jahren 1999-2001 hat die Stiftung hier insgesamt ca. 366.850 DM ausgereicht. Entsprechend der Förderpraxis der Stiftung liegt der Schwerpunkt bei Veröffentlichungen aus dem Gesamtbereich Gesellschaftliche Aufarbeitung. Hier wurden in diesem Zeitraum 37 Publikationen mit 196.186 DM gefördert, während

im Bereich Wissenschaft 19 Bücher Druckbeihilfen in Höhe von 144.011 DM erhielten. Im Bereich Internationale Zusammenarbeit fanden drei Publikationen mit 26.650 DM Unterstützung. Thematisch fokussierten diese Publikationen vor allem auf die Geschichte von Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR sowie die Situation der Opfer der SED-Diktatur in Vergangenheit und Gegenwart. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Ereignisse des Revolutionsjahres 1989/90 sowie des 40. Jahrestages des Mauerbaus.

Beispielhaft seien hier aufgeführt:

- ♦ 9. Buchenwaldtreffen. Eine Dokumentation, hrsg. v. d. Initiativgruppe Buchenwald 1945-1950 e.V., Weimar 1999.
- ♦ Georg Meusel: Wunde Punkte. Die Ereignisse der friedlichen Revolution 1989/90 im Raum Crimmitschau/Werdau, hrsg. v. Martin-Luther-King-Zentrum, Werdau 1999.
- ♦ Klaus Müller: Leben zwischen den Zeiten, hrsg. v. d. Geschichtswerkstatt Jena e.V., Jena 1999.
- ♦ Die Waldheimer Prozesse – fünfzig Jahre danach. Dokumentation der Tagung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 28. und 29. September 2000 in Waldheim, hrsg. v. Norbert Haase u. Bert Pampel, Baden-Baden 2000.
- ♦ Christof Geisel: Wiederentdeckung einer Unperson. Robert Havemann im Herbst 89. Zwei Studien. Eine Dokumentation, hrsg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin 2000.
- ♦ Guntolf Herzberg: Aufbruch und Abwicklung. Neue Studien zur Philosophie in der DDR, Berlin 2000.

- ♦ Gerold Hofmann: Im Visier der Stasi. Die Widerstandsbewegung im Kreis Meißen nach 1945. Ein Beitrag gegen das Vergessen, hrsg. vom Verband Politischer Häftlinge des Stalinismus e.V., Meißen 2000.
- ♦ Hans Michael Kloth: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000.
- ♦ Martin Kupke: Die Wende in Oschatz. Eine Dokumentation. Was in einer sächsischen Kleinstadt geschah, [o.O.] 2000.
- ♦ Annerose Matz-Donath: Die Spur der roten Sphinx. Deutsche Frauen vor sowjetischen Militärtribunalen, Schnellbach 2000.
- ♦ Bodo Müller: Faszination Freiheit. Die spektakulärsten Fluchtgeschichten, Berlin 2000.
- ♦ Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Lexikon, hrsg. v. Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgoß, Dieter Hoffmann, Berlin 2000.
- ♦ Carlo Jordan: Kadenschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945-1989, Berlin 2001.
- ♦ Alexander Latotzky: Kindheit hinter Stacheldraht. Mütter mit Kindern in sowjetischen Speziallagern und DDR-Haft, Leipzig 2001.
- ♦ Jeannette Michelmann: Verdacht: Untergrundtätigkeit. Eine Erfurter Umweltschutzgruppe und die Staatssicherheit, Rudolstadt 2001.
- ♦ Gabriele Schnell: Jugend im Visier der Stasi, Potsdam 2001.

- ♦ Reiner Schwarze: Strausbergs heißer Juni. Versuch einer Begebenheitsanalyse von den Tagen um den 17. Juni 1953 in Strausberg und Umgebung, Strausberg 2001.

b) Periodika

Mit den Zeitschriften „Gerbergasse 18“, „Horch und Guck“ sowie „Der Stacheldraht“ fördert die Stiftung mit einem jährlichen Aufwand von insgesamt ca. 320.000 DM regelmäßig erscheinende Publikationen, die von Aufarbeitungsinitiativen oder Opferverbänden herausgegeben werden und über eine erhebliche Reichweite verfügen. Auf diese Weise leistet die Stiftung nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur historischen Auseinandersetzung mit dem SED-Staat, sie unterstützt zudem die Kommunikation der unabhängigen Organisationen und Initiativen untereinander.

c) Schriftenreihe „Gelebte Geschichte“

In der traditionellen Geschichtsschreibung kommen die Opfer der SED-Diktatur oft noch zu wenig zu Wort. Biographische Erinnerungen von Betroffenen über ihr Leben in der SBZ und DDR sind jedoch eine wichtige Quelle für die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit. Durch sie wird deutlich, wie sich Geschichte in der Perspektive der Opfer der SED-Diktatur, der Verhafteten, Verurteilten, Inhaftierten oder auf andere Art durch die Diktatur Geschädigten abgespielt hat, wie Angehörige dieser Gruppe Geschichte erfahren und mitgestaltet haben.

Um dieses historische Quellenmaterial der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, hat die Stiftung im Jahr 2001 mit der Einrichtung der Schriftenreihe „Gelebte Geschichte“ begonnen, in der auf dem Weg von „Books on Demand“ in regelmäßigen Abständen Autobiographien und Erinnerungsberichte der Diktaturoffer publiziert werden.

III. Förderbereich Opfer und Gedenken

Das Gesetz über die Errichtung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur formuliert als eine der Aufgaben der Stiftung in § 2 Abs. 2 Nr. 2 „die Unterstützung der Beratung und Betreuung von Opfern der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED-Diktatur“. Die Stiftung gestaltet ihre Unterstützung von Beratung und Betreuung entsprechend den Empfehlungen, die die Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ in ihrem Zwischenbericht vom 8. Oktober 1997 unterbreitet hat. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt hierbei in der Finanzierung von Projekten der UOKG und anderer Opferverbände, die die Stiftung 1999 vom BMI übertragen bekam. Für diese zum größten Teil auf die Unterstützung von Beratung und Betreuung ausgerichteten Projekte stellt die Stiftung jährlich rund 500.000 DM zur Verfügung.

Die Stiftung erarbeitete eine Informationsbroschüre, die die Möglichkeiten der Beratung und Hilfe für die Opfer der SED-Diktatur aufführt. Betroffene Personen,

lage erschienen; eine dritte ergänzte und überarbeitete Auflage wird im Jahr 2002 folgen.

Darüber hinaus bietet die Stiftung Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter von Beratungsstellen, Betroffene sowie Mitarbeiter von Ämtern, Behörden und Institutionen an. Hier werden fachliche Kenntnisse vermittelt, Kontakte zwischen den unterschiedlichsten mit Fragen der Beratung und Betreuung von Opfern politischer Verfolgung betrauten Institutionen und Personen hergestellt sowie die Lobbyarbeit unterstützt.

Zudem unterbreitete die Stiftung das Angebot einer psychologischen Supervision an Verbände, Vereine, Beratungsstellen, Gedenkstätten, Ämter und Projekte, die beratend und betreuend tätig sind. Das Angebot wird von zahlreichen Einrichtungen genutzt.

Ein nicht unwesentlicher Aspekt der Bemühungen der Stiftung auf diesem Gebiet stellt die intensive Lobbytätigkeit gemeinsam mit anderen Partnern dar, mit dem Ziel, ausreichend Mittel für Beratungsstellen zur Verfügung zu stellen. Durch die Lobbytätigkeit der Stiftung und ihre



Beratungsstellen, Institutionen und Ämter erhalten einen umfassenden Überblick über und Zugang zu qualifizierten Beratungs- und Hilfsangeboten für Opfer politischer Verfolgung der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED-Diktatur. Die Beratungsübersicht ist im Dezember 2000 in einer zweiten ergänzten und überarbeiteten Auf-

Unterstützung gelang es bspw., die Außenstelle des Suchdienstes des DRK in Berlin, die vor allem versucht, die Schicksale der zwischen 1945 und 1950 verhafteten und verschleppten Personen im Zusammenhang mit der Einrichtung der sowjetischen Speziallager zu klären, mit drei Mitarbeitern für den Abschluss der Arbeiten zu erhalten.

Darüber hinaus hat die Stiftung begonnen, den Standort von Haftunterlagen einschließlich der Gesundheitszeugnisse für politische Gefangene in der SBZ/DDR zu ermitteln und den Betroffenen erleichterten Zugang zu diesen Unterlagen zu verschaffen. Damit könnte eine wesentliche Unterstützung beim Nachweis von Haftgeschäden geleistet werden.

Ein weiteres Gebiet, auf dem sich die Stiftung bei der Unterstützung von Beratung und Betreuung engagiert, ist die Formulierung von Empfehlungen an den Gesetzgeber. Ein erstes konkretes Vorhaben hierbei war die von Rainer Eppelmann und Markus Meckel vorgeschlagene Initiative zur Aufhebung der Fristen für die strafrechtliche Rehabilitierung, die zum 31. Dezember 2001 auslaufen sollten.

Darüber hinaus investiert die Stiftung einen beträchtlichen Teil der finanziellen Mittel, die für die Förderung von Projekten im Haushalt der Stiftung bereitstehen, in Projekte, die in ihrem Ergebnis einerseits über die soziale und rechtliche Situation von Opfern der SED-Diktatur informieren, andererseits rechtliche Defizite ermitteln und konkrete Vorschläge zu deren Behebung erarbeiten. Beispiele hierfür sind verschiedene Projekte des Bürgerbüros, des Behandlungszentrums für Folteropfer, der Beratungsstelle Gegenwind oder der zahlreichen Vereine in der UOKG. Diese befassen sich mit Fragen der Schädigung durch Enteignungen in der Landwirtschaft, der Jugendhilfe in der DDR, der Problematik von Ausreisenden, den Arbeitsbedingungen politischer Häftlinge in der DDR und deren körperlichen und seelischen Haftfolgeschäden sowie mit Fragen der Weiterbildung von Behördenmitarbeitern zu posttraumatischen Belastungsstörungen.

Die Stiftung unterstützt über das Bürgerbüro, das Zeitzeugenbüro Halle e.V. und Bürgerkomitees in den Bundesländern verschiedene Projekte, die zu einer Ver-

besserung der Beratung führen bzw. im Rahmen der Projekte selbst Beratungen durchführen. So fördert die Stiftung ein beim Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer angesiedeltes Projekt zu den Methoden der „operativen Psychologie“ der Staatssicherheit während der Untersuchungshaft von politischen Häftlingen und deren Folgen. Mit finanzieller Unterstützung der Stiftung konnte in diesem Kontext eine internationale Konferenz zu den psychosozialen Folgen kommunistischer Herrschaft in Osteuropa realisiert werden.

IV. Förderbereich Unabhängige Archive

Die schriftliche Hinterlassenschaft aus Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur, die unter konspirativen Bedingungen vor dem Zugriff der Staatssicherheit geschützt werden konnte, stellt für die Aufarbeitung der SED-Diktatur eine wichtige Quellengrundlage dar. Diese Materialien und Dokumente gehören als ein Zeugnis von Zivilcourage und Widerstandsgeist zum Kulturgut der Bundesrepublik Deutschland. Bereits in den frühen neunziger Jahren begannen vor allem DDR-Bürgerrechtler, diese Materialien zusammenzutragen und für die Forschung und politische Bildung zu erschließen. Vielerorts wurden Archive, Bibliotheken mit eigenen Archivbeständen sowie Zeitzeugenprojekte gegründet, die sich über diese Funktion hinaus oft zu wichtigen regionalen Zentren der Erinnerung und der politischen Bildung entwickelten. Die projektbezogene Förderung dieser Einrichtungen zählt zu den zentralen Aufgaben der Stiftung. Im Rahmen dieser Projektförderung konnte somit wesentlich zum Erhalt und Ausbau dieser Dokumentationsstellen beigetragen werden.

Seit 1998 wurden insgesamt rund 2,7 Millionen DM und damit jede vierte Fördermark der Stiftung an insge-

samt mehr als 60 Projekte ausgereicht, die der Sammlung und Erschließung von Dokumenten und Materialien widerständigen, oppositionellen oder nonkonformen Verhaltens oder der Dokumentation von Zeitzeugenerinnerungen dienten. Rund 40 Prozent dieser Projektmittel gingen bspw. an das Berliner Robert-Havemann- bzw. das Matthias Domaschk Archiv, 17 Prozent an das Archiv Bürgerbewegung Leipzig – um beispielhaft zwei der unabhängigen Archive an dieser Stelle zu erwähnen. Zu den von der Stiftung finanziell geförderten Archiven zählen weiterhin u.a. das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hummelshain (seit 2000 Jena), das Berliner Archiv der DDR-Frauenbewegung „Grauzone“, das Archiv der Umweltbibliothek Großhennersdorf in Sachsen, das Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens in Werdau sowie die Roger Loewig Gesellschaft, die den persönlichen und künstlerischen Nachlaß Roger Loewigs mit der finanziellen Unterstützung der Stiftung erschließen konnte.

Die unabhängigen Archive verstehen sich zugleich als Stätten der gesellschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur und können auf eine beachtliche Zahl von Ausstellungs-, Publikations- und Multimedia- sowie auf Veranstaltungsprojekte zum Thema verweisen. Seit 1998 konnte die Stiftung hier weitere 11 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 69.556 DM finanziell unterstützen.

An dieser Stelle sei beispielhaft auf folgende abgeschlossene oder in Arbeit befindliche Projekte hingewiesen:

- ♦ Die Ausstellung „Bürger auf dem Weg“ des Archivs Bürgerbewegung Leipzig entstand in Zusammenarbeit mit dem Stadtgeschichtlichen Museum der Stadt Leipzig und wird in dessen Auftrag als Dauerausstellung in den Räumen des Archivs gezeigt. In der Ausstellung wird die propagandistische Berichterstattung der „Leipziger Volkszeitung“ von 1989 dem tatsächlichen Geschehen dieses Jahres am Beispiel von Texten, Bildern und Dokumenten der Bürgerbewegung gegenübergestellt.
- ♦ Die Ausstellung der Umweltbibliothek Großhennersdorf „Versuche, in der Wahrheit zu leben – Widerständiges Leben in der Oberlausitz 1978-1989“ ist ein außerordentlich gelungener Versuch, das oppositionelle Engagement derjenigen sächsischen und schlesischen Oberlausitzer zu dokumentieren, die in kleinen Städten und ländlichen Gebieten, im Dreiländereck an den Grenzen zur damaligen Volksrepublik Polen und zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik lebten, die Bürgerbewegung initiierten und die friedliche Revolution einleiteten. Zu der Wanderausstellung ist ein Begleitbuch erschienen, dessen

Projektförderung der Stiftung zur Sammlung, Erschließung und Präsentation von Dokumenten der und Literatur zur DDR-Opposition von 1998-2001

Förderjahr	Zahl der geförderten Projekte	Fördervolumen	Anteil an der Gesamtförderung
1999	15	954.105 DM	37,0%
2000	15	885.160 DM	34,8%
2001	15	852.256 DM	34,8%

Drucklegung ebenfalls von der Stiftung gefördert wurde.

- ♦ „Wiederentdeckung einer Unperson. Robert Havemann im Herbst 89 – Zwei Studien“ sowie Simone Hannemanns Monographie zum Thema „Robert Havemann und die Widerstandsgruppe ›Europäische Union‹“ sind zwei Publikationen der Robert-Havemann-Gesellschaft, deren Erarbeitung von der Stiftung gefördert wurden. Darüber hinaus konnte die Robert-Havemann-Gesellschaft mit Unterstützung der Stiftung Aufarbeitung an einem internationalen biographischen Handbuchprojekt mitwirken, in dem die Lebensläufe ostmitteleuropäischer Dissidenten dokumentiert werden. Ebenfalls unter der Ägide der Havemann-Gesellschaft und mit Unterstützung durch die Stiftung wurde damit begonnen, die offene Jugendarbeit der evangelischen Kirche in und um Jena zu rekonstruieren.
- ♦ Nachdem die Stiftung Aufarbeitung die Erschließung des Nachlasses von Roger Loewig, eines in der DDR wegen der politischen Aussagekraft seiner Werke verfeimten und verfolgten Künstlers, gefördert hatte, konnte im Oktober 2000 eine Werkausstellung dieses ebenso außergewöhnlichen wie begabten Künstlers eröffnet werden.
- ♦ Die Microverfilmung und digitale Edition des gesamten politischen Zeitschriftensamisdats, der zwischen dem Mauerbau und dem Mauerfall von der Opposition in der DDR herausgegeben wurde, wird derzeit ebenfalls von der Umweltbibliothek Großhennersdorf vorbereitet. Das ambitionierte Projekt wurde in der Vorlaufphase von der Stiftung Aufarbeitung nicht nur finanziell, sondern auch konzeptionell engagiert unterstützt. Mit dem Mitteleuropazentrum der TU Dresden konnte die Umweltbibliothek einen versierten Projektpartner gewinnen, der bereits den künst-

lerischen Samisdat erfolgreich digitalisiert und ins Internet gestellt hat. Das Projekt wurde und wird von fachkundigen Institutionen und Einzelpersonen konzeptionell begleitet, so etwa von der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin, der Abteilung Bildung und Forschung der BSTU, vertreten durch Dr. Ehrhart Neubert, dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv, vertreten durch Archivoberrat Michael Merchel, Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke, Dresden, und Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, Präsident des Bundesarchivs a.D. Die zuletzt genannten Experten gehören zudem dem Fachbeirat Wissenschaft bzw. Archiv der Stiftung an. Im Verlauf des IV. Quartals 2000 sowie des Jahres 2001 veranstaltete die Umweltbibliothek zwei Vorbereitungsworkshops, erarbeitete eine Machbarkeitsstudie und bereitete einen DFG-Förderantrag vor, der im ersten Halbjahr 2002 auf den Weg gebracht werden soll.

Neue Wege der Kooperation und des Miteinanders in der Archivförderung

Die Stiftung betrachtet die unabhängigen Archive als integralen Bestandteil einer dezentralen Erinnerungskultur. Somit besitzt die Förderung dieser Archive für die Stiftung auch in Zukunft einen hohen Stellenwert. Eine langfristige Absicherung der unabhängigen Archivlandschaft bedarf jedoch weiterer Fördergeber auf kommunaler und Länderebene, die vor allem eine dauerhafte Grundsicherung gewährleisten müssen.

Am 18. April 2000 hat sich der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Rainer Eppelmann, in einem Schreiben an alle unabhängigen Archive gewandt, die von der Stiftung gefördert werden, und ein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen, um eine Bund-Länder-Finanzierung zu erreichen. Konkret wurde vorgeschlagen, dass die Stiftung jedwede Initiativen der Einrichtungen in den Ländern nach Kräften unterstützt, die auf deren langfristige Absi-



cherung abzielen. Die Stiftung würde, so das Schreiben weiter, bei Gesprächen mit Vertretern der Landesregierungen deutlich machen, dass eine Grundfinanzierung durch die Länder die wesentliche Voraussetzung für eine fortdauernde Projektfinanzierung durch die Stiftung sei.

Die Bemühungen haben inzwischen erfreuliche Erfolge gezeitigt. Gemeinsam mit dem Berliner Landesbeauftragten Martin Gutzeit gelang es seit 2001, eine Kofinanzierung der Robert-Havemann-Gesellschaft und der ASTAK zu erreichen. Diese ist so gestaltet, dass ein Teil der Projektfinanzierung, zu dem die Grundsicherung dieser Einrichtungen gehört, vom Land Berlin getragen werden. Damit konnte förderrechtlichen Bedenken seitens der Stiftung Rechnung getragen werden. Es kommt nun darauf an, die Unterstützung der beiden Einrichtungen durch das Land Berlin dauerhaft abzusichern. Auch in Sachsen-Anhalt konnte mit der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ein konstruktives Konzept der Kofinanzierung vereinbart werden. In Thüringen hat die Staatskanzlei einen Haushaltstitel eingerichtet, aus dem Projekte der Gesellschaftlichen Aufarbeitung – darunter auch Vorhaben des Thüringer Archivs für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ – gemeinsam mit der Stiftung Aufarbeitung finanziert werden. Am weitesten scheinen die Bemühungen im Freistaat Sachsen gediehen. In einer gemeinschaftlichen Initiative der dort ansässigen unabhängigen Archive, des neu gewählten sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Stiftung Aufarbeitung und des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur des Freistaats Sachsen werden im Jahr 2002 erstmals erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, um die Arbeit des Archivs Bürgerbewegung Leipzig, des Museums an der Runden Ecke Leipzig, des Martin-Luther-King-Zentrums Werdau sowie der Umweltbibliothek Großhennersdorf langfristig zu unterstützen.

Trotz dieser Erfolge bedarf es weiterer gemeinsamer Anstrengungen, um die Landesförderung und – soweit

möglich – die kommunale Unterstützung zu verstetigen. Nur so können die regionalen Zentren der gesellschaftlichen Aufarbeitung und Dokumentation auf Dauer abgesichert werden. Die Stiftung Aufarbeitung wird auch weiterhin ihren Beitrag leisten, um die unabhängigen Archive zu erhalten. Die Unterstützung der Stiftung beschränkt sich dabei nicht nur auf die Förderung konkreter Projekte sowie auf die Lobbyarbeit bei den Ländern und Kommunen im Hinblick auf gemeinsame Finanzierungsanstrengungen. Die Stiftung Aufarbeitung sieht insbesondere auch in der weiteren Professionalisierung der regionalen Archivtätigkeit eine wesentliche Voraussetzung, um diese Einrichtungen langfristig zu erhalten. Die Stiftung hat auf diesem Feld ein breites Engagement entfaltet. Das Angebot der Stiftung an die Archive, die vielerorts praktizierte zeitaufwändige und nicht immer sinnvolle Einzeldokumentenerschließung konzeptionell zu überdenken, führte bei einigen Archiven zu einer stärker an den archivfachlichen Standards ausgerichteten Erschließungspraxis. Aus Sicht der Stiftung ist es vordringlich, die Dokumente und Materialien aus Opposition und Dissidenz durch eine Aktenbildung und -erschließung so rasch wie möglich zugänglich zu machen. Auf diese Weise können finanzielle und personelle Ressourcen mittelfristig einer stärker an Inhalten orientierten Projektarbeit zugute kommen. Die unabhängigen Archive müssen als Zentren der gesellschaftlichen Aufarbeitung – im Hinblick auf eine dauerhafte finanzielle Absicherung – durch ein möglichst vielfältiges, öffentlich wahrnehmbares Angebot an Publikationen, Veranstaltungen und/oder Ausstellungen ihr Profil als Mittler der historisch-politischen Bildungsarbeit herausarbeiten. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unabhängigen Archive verfügen durch ihr eigenes Engagement in der DDR-Opposition über besondere, biographisch begründete Kompetenzen. Diese gilt es, einerseits bei der Erschließung der Dokumente nutzbar zu machen. Andererseits verleiht die eigene reflektierte Zeitzugehörigkeit besondere Glaubwürdigkeit, die der „gesellschaftlichen Aufarbeitung“ förderlich ist.



Auch noch so gut erschlossene Oppositionsarchive gewährleisten auf Dauer per se noch nicht eine wissenschaftliche, publizistische oder gar öffentliche Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur. Der reiche Fundus an Material, der dort bereitgehalten wird, muss kontinuierlich für Aufarbeitungsmaßnahmen genutzt werden. Die Stiftung Aufarbeitung wird diesbezügliche Projekte mittelfristig mit Vorrang gegenüber reinen Erschließungsprojekten unterstützen.

V. Förderbereich Wissenschaft

Die vom Errichtungsgesetz vorgesehene Förderung der wissenschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde bis zur Besetzung des Referats Wissenschaftsförderung am 1. November 2000 weitgehend zurückgestellt. Sie beschränkte sich im ersten Jahr der Stiftungsarbeit vor allem und im geringen Umfang auf die Förderung der Drucklegung von wissenschaftlichen Publikationen sowie auf einzelne Zuschüsse an Forschungsvorhaben und Konferenzen.

Angesichts des breiten Förderauftrages und des begrenzten Förderetats der Stiftung griff der Stiftungsrat am 6. Mai 2000 die vom Vorstand empfohlene Selbstbeschränkung in den „Vorläufigen Bedingungen der Wissenschaftsförderung“ auf, die Förderung von ein- oder mehrjährigen Forschungsprojekten derzeit auszuschließen. Diese Entscheidung macht deutlich, dass die Stiftung Aufarbeitung die Fördertätigkeit der großen Forschungsfördereinrichtungen (DFG, VW-Stiftung etc.) in diesem Themenfeld nicht ersetzen kann. Andererseits trug die Entscheidung dem Umstand Rechnung, dass insbesondere die Träger der gesellschaftlichen Aufarbeitung anders als die Wissenschaftseinrichtungen kaum über alternative Förderquellen verfügen.

Die Stiftung versteht sich somit entsprechend ihren Fördergrundsätzen als eine Ergänzung – nicht als Ersatz – der bestehenden Einrichtungen der Wissenschaftsförderung. Sie beschränkt sich in der Förderung von Wissenschaft nicht auf die Vergabe von Fördermitteln, sondern möchte ihre Möglichkeiten nutzen, um

- ♦ in der Wissenschaftslandschaft eine breite Beschäftigung mit der Geschichte und Überwindung der SED-Diktatur zu stimulieren,
- ♦ eine dauerhafte Verankerung dieser Themen in Forschung und Lehre zu befördern,
- ♦ eine interdisziplinäre und internationale Zusammenarbeit sowie den Austausch zwischen gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Aufarbeitung anzuregen,
- ♦ wissenschaftliche Dienstleistungen bereitzustellen und
- ♦ den Wissenstransfer in die Öffentlichkeit zu beschleunigen.

Dabei betrachtet die Stiftung die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses als eine zentrale Aufgabe ihrer Wissenschaftsförderung.

Die Selbstbeschränkung im Bereich der Wissenschaftsförderung hatte zur Folge, dass die Stiftung im Frühjahr 2000 zwanzig Anträge mit einem beantragten Fördervolumen von rund vier Millionen DM, die zum Teil bereits seit Ende 1998 in der Stiftung vorlagen, ablehnen musste. Darunter befanden sich vorzüglich begründete und in jeder Hinsicht erfolgversprechende Projektanträge von renommierten zeitgeschichtlichen Forschungsinstituten.

Im Rahmen der Projektförderung im Jahr 2000 können sechzehn Maßnahmen mit einem Fördervolumen von



rund 180.000 DM der Wissenschaftsförderung im engeren Sinne zugeordnet werden. Hierbei handelt es sich zum einen um Druckkostenzuschüsse zu sieben Publikationen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von etwas über 40.000 DM. Zum anderen wurden sieben wissenschaftliche Einzelvorhaben im Jahre 2000 bezuschusst, die ein Fördervolumen von rund 80.000 DM in Anspruch genommen haben, und von denen sich ein kleiner Teil bis ins Jahr 2001 bzw. 2002 erstreckt. Zudem wurde an zwei weitere Antragsteller im Bereich der Förderung von wissenschaftlichen Fachtagungen knapp 50.000 DM ausgereicht.

In diesem Kontext soll anhand von zwei Projekten kurz die Systematik der Förderung erläutert werden, die auf den „Vorläufigen Bedingungen der Wissenschaftsförderung“ fußt. Angesichts der Selbstbeschränkung, personalkostenintensive Forschungs- oder Editionsprojekte im Bereich der Wissenschaftslandschaft derzeit nicht zu fördern, muss sich die Stiftung auf Vorhaben beschränken, die ohne einen Sachkostenzuschuss oder Personalmittel für Hilfskräfte oder kleinere Werkverträge durch die Stiftung nachweislich nicht realisiert werden könnten. Beispielhaft ist hier eine Studie des Sigmund-Freud-Instituts Frankfurt am Main zu nennen. Diese erforscht auf der Grundlage von Interviews die „Unbewußten Aspekte(n) der Teilhabe an Überwachung, Denunziation und Spionage“. Das Institut hat für diese Aufgabe zwei Mitarbeiter freigestellt, verfügt jedoch nicht über den nötigen Sachkostenetat, um die Interviewreisen sowie sonstige Nebenkosten zu bestreiten. Eine klassische Fehlbedarfsfinanzierung, die bei den etablierten Einrichtungen der Forschungsförderung häufig keine Berücksichtigung findet. Das zweite Projekt, das hier erwähnt werden soll, ist die Analyse der Lehrveranstaltungen zur DDR-Geschichte durch das Institut für Hochschulforschung Wittenberg, das für die Jahre 1990-2000 jeweils Jahresstichproben an den deutschen Hochschulen und Universitäten erhob. Mit diesem Vorhaben sollen nicht nur

inhaltliche Schwerpunkte der Lehrangebote sowie der Wandel im Umfang des Lehrangebotes ermittelt und analysiert werden, sondern auch Adressen von Dozenten gesammelt werden, die nach dem Ende des Projekts für die Arbeit der Stiftung zur Verfügung stehen. Die Studie konnte – nach einigen Verzögerungen – im Dezember 2001 vorgelegt werden (Peer Pasternack u.a.: Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990-2000. Institut für Hochschulforschung Wittenberg e.V., Arbeitsberichte 5/01. O.O. [Wittenberg] u.J. [2001]).

Mit sieben Druckkostenzuschüssen mit einem Fördervolumen von rund 40.000 DM, drei Zuwendungen für wissenschaftliche Tagungen und Konferenzen in Höhe von rund 46.000 DM sowie zehn Zuschüssen zu Forschungs- und Publikationsvorhaben mit einem Volumen von rund 127.000 DM setzt das Engagement der Stiftung in der allgemeinen Wissenschaftsförderung im Jahre 2001 vergleichbare Schwerpunkte wie im Vorjahr. Darüber hinaus vergibt die Stiftung seit 2001 auch Stipendien für Promotions- und Habilitationsvorhaben im Bereich der DDR-Forschung. Sie setzt damit – im Rahmen ihrer begrenzten Fördermittel – einen neuen Schwerpunkt ihrer Förderfähigkeit, mit dem Ziel, insbesondere den wissenschaftlichen Nachwuchs für das Thema DDR zu interessieren.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Das Errichtungsgesetz der Stiftung sieht in der „Förderung von Nachwuchswissenschaftlern, insbesondere durch Stipendien“ (§ 2 Nr. 3) eine geeignete Maßnahme, um den Stiftungszweck zu erfüllen. Die Stiftung hat am 15. Juni 2000 in der Wochenzeitung „Die Zeit“ sowie an anderen Stellen erstmals zwölf Doktorandenstipendien und ein Habilitationsstipendium zum Themenschwerpunkt „Opposition, Dissidenz und nonkonformes Verhalten in der DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall“ ausgeschrieben. Die Konditionen des Stipendiums



wurden an die Promotionsförderung der DFG angelehnt, die Laufzeit wurde – entsprechend der DFG-Praxis – auf zwei Jahre beschränkt. Im begründeten Ausnahmefall kann ein weiteres halbes Jahr Förderung gewährt werden. Bis Ende Oktober gingen in der Stiftung zwölf Anträge auf ein Promotions- und ein Antrag auf ein Habilitationsstipendium ein. Nachdem die Anträge zunächst im Fachbeirat Wissenschaft erörtert worden waren, entschied der Vorstand im Dezember 2000, sechs Promotionsstipendien zum 1. Januar 2001 zu vergeben. Die nicht vergebenen Stipendien (sechs Promotionsstipendien, ein Habilitationsstipendium) wurden Anfang 2001 erneut ausgeschrieben. Dabei wurde auf die bei der ersten Ausschreibung formulierte thematische Eingrenzung der Stipendienvergabe verzichtet. Inzwischen war deutlich geworden, dass eine ganze Reihe von aussichtsreichen Promotionsvorhaben, die dem Stiftungszweck entsprechen, bei dem Fortbestand der Eingrenzung von einer Förderung ausgeschlossen blieben. Hochschulabsolventen, die bereits während des Studiums – etwa im Rahmen ihrer Magisterarbeit – eigene Forschungsinteressen im Bereich der DDR-Geschichte entwickelt haben und die vor allem auf einen entsprechenden Vorlauf bei den Recherchen zum Thema verweisen können, sind nicht zuletzt auch aus ökonomischen Gründen kaum in der Lage bzw. Willens, neue Vorhaben zu entwickeln, die einem thematisch beschränkten „Angebot“ an Stipendien entsprechen. Aus diesem Grunde sind derzeit alle Nachwuchswissenschaftler antragsberechtigt, die ein Promotions- oder Habilitationsvorhaben verfolgen, das mit dem Errichtungszweck der Stiftung vereinbar ist. Allerdings wird in der jeweiligen Ausschreibung deutlich gemacht, dass die Stiftung vor allem an Promotionsprojekten interessiert ist, die sich dem oben bereits genannten Thema annehmen. Vorhaben aus diesem Themenbereich würden bei gleicher Qualität Anträgen mit anderer Themenstellung vorgezogen werden, sollte die Zahl der förderungswürdigen Anträge die der zu vergebenden Stipendien übersteigen.

Auf seiner Klausurtagung Ende Juni 2001 genehmigte der Vorstand sieben weitere Promotionsstipendien, davon eines mit einer Laufzeitbeschränkung von einem Jahr. Im Dezember 2001 folgte dann die Beschlussfassung über die dritte Staffel von fünf Doktorandinnen und Doktoranden, die seit 1. Januar 2002 von der Stiftung gefördert werden.

Die nachfolgende Zusammenstellung informiert über die seit Dezember 2000 vom Vorstand bewilligten Anträge auf ein Promotionsstipendium.

1. Staffel (01.01.2001 – 31.12.2002)

Ulrike Abel, Offenbach

„Künstlerische Selbstbehauptung im geteilten Deutschland: Leben und Werk von Roger Loewig (1930-1997)“

Marion Detjen, Berlin

„Menschenhandel' oder Widerstand? Fluchthilfe für DDR-Bewohner nach dem Mauerbau 1961-1989“

Katharina Gajdukowa, Berlin

„Begegnungsprojekte von Opfern und Tätern des Staatssicherheitsystems“

Chiara Marmugi, Freiburg im Br.

„Interpretationen des Ikarus-Mythos in der Literaturgeschichte der DDR“

Katrin Passens, Berlin

„Opposition und Repression. Der Funktionswandel der Untersuchungshaft in der Strategie des MfS am Beispiel der Berliner Untersuchungshaftanstalten in der Honecker-Ära“

Claudia Petzold-Kaiser, Dresden

„Künstlerische Selbstorganisation und gegeninstitutionelle Wirkungsmacht. Autonome Künstlergruppen und ihr

Beitrag zur Ausprägung dissidenter Kulturmilieus in der DDR“

2. Staffel (01.10.2001 – 30.09.2003)

Carsten Dippel, Potsdam

„Die Evangelische Kirche in der DDR und die Ausreisebewegung der 70er und 80er Jahre“

Henning Pietzsch, Berlin

„Opposition und Widerstand in der ehemaligen DDR am regionalen Beispiel der kirchlichen Jugendarbeit ‚Offene Arbeit‘ in Jena zwischen 1970 und 1989“

Bettina Roth, Hamburg

„Speziallagerhaft und ihre Folgen: Integration und Ausgrenzung – 1948 bis heute. Ein Oral History-Projekt“

Jens Schöne, Berlin

„Modernisierung oder Herrschaftssicherung? Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR“

Christiane Sporn, Leipzig

„Komponieren trotz und unter Hindernissen: Innovationen in zeitgenössischen Instrumentalkompositionen im Kontext restriktiver Kulturpolitik der DDR. Untersuchung zur Einflußnahme der kunstpolitischen Doktrin auf die Praxis des Komponierens“

Clemens Witt, Berlin

„Kriegs- und Wehrdienstverweigerung in der DDR. Über die Erinnerungen und das kollektive Gedächtnis von Bau-soldaten der NVA“

Angelika Zahn, Frankfurt/M.

„Topographie des Erinnerens an die NS-Zeit: Initiativen der ostdeutschen Bevölkerung. Eine Analyse von Aus-handlungsprozessen in der Diktatur“

3. Staffel (01.01.2002 – 31.12.2003)

Hans-Joachim Föllmer, Meiningen

„Medien und Vergangenheitsbewältigung in den neuen Ländern“

Udo Grashoff, Halle

„Der Umgang mit Selbsttötung in der SBZ/DDR“

Daniel Schwane, Berlin

„Konflikt und Deeskalation im Kalten Krieg. Berliner Entspannungsiniciativen zwischen 1948/49 und 1971“

Marianne Subklew-Jeutner, Hamburg

„Der Pankower Friedenskreis – Analyse der Geschichte, Arbeits- und Wirkungsformen eines oppositionellen Kreises innerhalb der Evangelischen Kirche der DDR und ihre Einordnung in den Kontext der DDR-Opposition“

Susanne Timm, Berlin

„DDR-Erziehung zur Befreiung Afrikas. Das Kinderheim für namibische Flüchtlingskinder in Bellin/DDR von 1979 bis 1990“

Nach Maßgabe der personellen Möglichkeiten ist die Stiftung bemüht, die Stipendiatinnen und Stipendiaten nicht nur finanziell, sondern auch inhaltlich und organisatorisch in ihrer Forschung zu unterstützen. Die Stiftung wird dabei von ihrem Fachbeirat Wissenschaft engagiert unterstützt. Auf Anregung und Vermittlung der Stiftung nahmen eine Reihe von Doktorandinnen und Doktoranden im November 2001 an der Internationalen DDR-Forschertagung in Otzenhausen teil und trugen dort zum Teil auch vor. Mitte Dezember 2001 fand ein erstes Kolloquium der Stipendiatinnen und Stipendiaten in Berlin statt. Die Nachwuchswissenschaftler konnten dort den Stand ihrer Forschung mit Mitgliedern des Fachbeirates diskutieren. Ein solches Kolloquium soll künftig mindestens einmal jährlich stattfinden.

VI. Förderbereich Internationale Zusammenarbeit

Die „Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung von Diktaturen, insbesondere im europäischen Rahmen“ ist ein weiterer Auftrag der Stiftung (Errichtungsgesetz § 2 Nr. 2). Diese Aufgabe ist dem Referat „Wissenschaft, Archive und Internationale Zusammenarbeit“ federführend zugeordnet. Der Förderung der internationalen Zusammenarbeit werden zuvörderst Grenzen durch den beschränkten Förderetat der Stiftung sowie die ständig steigende Nachfrage nach Fördermitteln aus dem Inland gesetzt. Die Stiftung beschränkt sich daher derzeit vor allem darauf, Projekte und Initiativen zu fördern, die der internationalen Vernetzung dienen. Aus förderrechtlichen Erwägungen werden Projektvorhaben ausländischer Projektpartner nicht unmittelbar, sondern unter Beteiligung einer antragsberechtigten Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland gefördert. Hierdurch soll die Überprüfung der sachgerechten Mittelverwendung gewährleistet werden. Zugleich trägt diese Regelung bereits im Vorfeld der Antragstellung zu einer Vernetzung von in- und ausländischen Aufarbeitungsmaßnahmen bei.

Darüber hinaus kann die Stiftung auf eine Reihe von Projekten verweisen, die der internationalen Vernetzung dienen und in Kooperation mit anderen ausländischen Partnern entweder im In- oder aber im Ausland umgesetzt werden. Ein Beispiel für ein Vorhaben, das in Moskau betreut wird, ist der Aufbau eines Netzwerkes junger russischer Historiker, die sich mit der deutschen Nachkriegsgeschichte insbesondere in vergleichender Perspektive befassen. Im Berliner Bürgerbüro e.V. wird – ein anderes Beispiel – ein ausführliches Verzeichnis der osteuropäischen Opferverbände erstellt.

Auch das internationale Dissidentenlexikon, dessen deutscher Teil von der Robert-Havemann-Gesellschaft in

Berlin betreut wird, ist Teil der internationalen Zusammenarbeit der Stiftung.

Von der Stiftung gefördert wurden zwei deutsch-polnische Konferenzen zum Stand der Aufarbeitung in beiden Staaten 1999 in Warschau und 2001 in Krakau, eine internationale Konferenz zum Thema „Sozialistische Helden“ in Krakau (Oktober 2001, Projektträger: Universität Jena), eine Forschungsarbeit von N. Petrov zu „Struktur, Personal und Entwicklung der sowjetischen Sicherheitsorgane in der SBZ/DDR 1945-1953“, beantragt und betreut vom Förderverein Memorial/St. Petersburg mit Sitz in Berlin (1999-2000), sowie ein Zeitzeugenprojekt mit französischen Studenten zum Thema „Die sich der Stasi verweigerten“, um einige – der nach wie vor wenigen – Vorhaben zu benennen, die im Ausland mit Hilfe der Stiftungsförderung realisiert werden konnten.

3.3. VERANSTALTUNGEN

Veranstaltungen 1999-2001

Die Stiftung hat in den Jahren 1999 bis 2001 in erheblichem Umfang Veranstaltungen im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit selbständig oder gemeinsam mit anderen Einrichtungen ausgerichtet. Die Art der Veranstaltungen reichte dabei von Workshops, Vorträgen, Filmvorführungen, Diskussionsrunden bis hin zu öffentlichen Großveranstaltungen. Damit förderte die Stiftung im Sinne ihres Stiftungszwecks die öffentliche Wahrnehmung und die öffentliche Diskussion über die deutsch-deutsche Vergangenheit und erreichte durch eine hohe Öffentlichkeit weite Personenkreise, die über Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände weit hinausgehen. Zugleich beförderte sie damit in hohem Maße den Transport von Ergebnissen der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur in die interessierte Öffentlichkeit hinein.

Ein Schwerpunkt bei der Durchführung von Veranstaltungen bezog sich darauf, durch die Stiftung geförderte Projekte einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen und zu präsentieren. So konnte der Film über das Militärgefängnis der DDR in Schwedt in einer sehr gut besuchten Filmvorführung mit einer anschließenden Podiumsdiskussion uraufgeführt werden. Dieser Film wurde inzwischen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlt und konnte sogar nach Norwegen vermittelt werden.



Diese Veranstaltungsform wurde mit einem in der Reihe „Zeitzeugen“ entstandenen Film über die „Waldheimer Prozesse“ unter dem Titel „Wir sprechen hier Recht“ fortgeführt. Auf einer in Kooperation mit anderen Institutionen organisierten Tagung anlässlich der 50. Wiederkehr der „Waldheimer Prozesse“ im September 2000 fand die Uraufführung des Films in Waldheim statt. Auf einer zweiten öffentlichen Präsentation in Kooperation mit der BStU wurde der Film dann nochmals in Berlin gezeigt.

In der Frage der Vernetzung und Kommunikation unter Gedenkstätten zur Erinnerung an das SED-Unrecht hat die Stiftung begonnen, Veranstaltungs- und Vernetzungsangebote zu unterbreiten. So organisierte sie im Oktober 1999 einen ersten Austausch von Vertretern von Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur und der stalinistischen Herrschaft in der SBZ, bei dem über Fragen der künftigen Entwicklungs- und Finanzierungsmöglichkeiten diskutiert wurde.

„Revolution – Transformation – Integration. Der Weg der jungen Demokratien nach Europa“ lautete das Thema einer internationalen Konferenz, zu der die Stiftung vom 16. bis 18. März 2000 nach Berlin eingeladen hatte. Mit der Konferenz, die von Bundespräsident Johannes Rau eröffnet wurde, sollte im zehnten Jahr der deutschen Einheit der Blick für die europäische Dimension der Revolutionen des Jahres 1989/90 und der nachfolgenden Entwicklung geschärft werden. Wissenschaftler aus sechs mittel- und osteuropäischen Staaten folgten der Einladung in das Rote Rathaus.

Zur Erinnerung an die Auflösung der sowjetischen Speziallager in Deutschland 1950 richtete die Stiftung gemeinsam mit der UOKG und der Gedenkstätte Buchenwald im Juni 2000 eine Tagung unter dem Titel „Sowjetische Speziallager in Deutschland – Erinnern – Gedenken – Nachdenken“ aus, auf der der aktuelle Forschungs-



und Diskussionsstand zum Thema „Sowjetische Speziallager in Deutschland“ diskutiert wurde. Auf dieser Tagung fanden sich Vertreter von Opferverbänden, ehemalige Häftlinge und Wissenschaftler zusammen, um über den erreichten Stand in der Forschung und der gesellschaftlichen Anerkennung zu sprechen.

Ein weiterer Höhepunkt der Tätigkeit der Stiftung war die im Jahr 2000 anlässlich des 10. Jahrestags der deutschen Einheit gemeinsam mit der Roger Loewig Gesellschaft und dem Berliner Stadtmuseum veranstaltete Schau mit Werken Roger Loewigs, die unter dem Titel „Auf der Suche nach Menschenland“ exemplarisch das künstlerische Schaffen dieses bedeutenden Malers vorstellte. Mit seinen bild- und textkünstlerischen Stellungnahmen zu den großen Fragen der Menschheit wie Krieg und Frieden, Freiheit, Demokratie und Diktatur sowie seiner Auseinandersetzung mit den Fragen der deutschen Teilung und Einheit konnte im zehnten Jahr der deutschen Einheit ein würdiger Beitrag geleistet werden.

Seit dem Jahr 2001 beteiligt sich die Stiftung zudem gemeinsam mit den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes an einer gemeinsamen Tagung der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen, auf der jeweils über den aktuellen Stand der Arbeit der Verbände und über künftige Perspektiven debattiert wird. Im Jahr 2001 fand die Konferenz in Halle/Saale statt.

„Kommunismus. Utopie und Wirklichkeit“ war eine Konferenz überschrieben, die die Stiftung gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Abteilung Bildung und Forschung bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, dem Hannah-Arendt-Institut, dem Institut für Zeitgeschichte und dem Forschungsverbund SED-Staat vom 16.-19. November 2000 in Berlin ausrichtete. Diese Konferenz endete am 19. November mit einer öffentlichen Podiumsveranstaltung im Tränenpalast in Berlin unter dem Titel „Totgesagte leben länger?“, auf der Vertreter aus Politik und Medien sowie politischer Bildung über das Jahrhundert des Kommunismus und vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen über die Anziehungskraft totalitärer Regime diskutierten.

Besonders hervorzuheben ist auch die von der Stiftung mitveranstaltete Großveranstaltung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus vor dem Reichstag in Berlin im Jahre 2001 sowie das von der Stiftung organisierte Konzert mit Wolf Biermann am 16. November 2001, 25 Jahre nach dessen Ausbürgerung.



Mit Unterstützung der Stiftung konnten zudem verschiedene „Mütter-Kinder-Treffen“ von Frauen und ihren in der Haft geborenen Kindern durchgeführt werden.

Insgesamt hat die Stiftung in den Jahren 1999 – 2001 32 Veranstaltungen durchgeführt. Diese Veranstaltungen standen im Jahr 1999 im Zeichen des 10. Jahrestages der friedlichen Revolution. Im Jahre 2000 widmeten sich von der Stiftung organisierte bzw. mit veranstaltete Aktivitäten dem 10. Jahrestag der deutschen Einheit und im Jahre 2001 wurde des 40. Jahrestags des Mauerbaus gedacht.

Nachfolgend werden die von der Stiftung durchgeführten Veranstaltungen für die Jahre 1999 – 2001 aufgelistet.

23.–25. April 1999

Heilsidee und Gewaltherrschaft – der Kommunismus im Geschichtsbewusstsein der Europäer
(gemeinsam mit: Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg, Zentrum für internationale Beziehungen Warschau, Polnisches Institut Düsseldorf)
Haus Schwanenwerder, Berlin

29. Mai 1999

Rückblick auf zwei Enquête-Kommissionen: DDR-Forschung zwischen Wissenschaft und Politik
(im Rahmen des Geschichtsforums 1949 – 1989 – 1999)
Humboldt-Universität, Berlin

28./29. Oktober 1999

Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur und stalinistischen Herrschaft in der SBZ
(gemeinsam mit: Verein ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.‘)
Magdeburg

11.–13. November 1999

Zeitzeugenarbeit und Gedenkstätten
(gemeinsam mit: Verein ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.‘, Bundeszentrale für politische Bildung, Institut für Sozialgeschichte e.V.)
Eitorf

16.–18. März 2000

Revolution – Transformation – Integration.
Der Weg der jungen Demokratien nach Europa
Rotes Rathaus, Berlin

23. März 2000

Buchvorstellung „Karl Wilhelm Fricke, Der Wahrheit verpflichtet“
Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

14. April 2000
Veranstaltung zum Thema „Rehabilitation nicht-verurteilter bzw. administrativ repressierter deutscher Staatsbürger durch die Russische Föderation“ mit dem Militärstaatsanwalt der Russischen Föderation Oberst L. Kopolin
Stiftung Aufarbeitung, Berlin
26. April 2000
Filmpräsentation „Disziplinareinheit Schwedt“
(gemeinsam mit: Landeszentrale für politische Bildung Potsdam)
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam
31. Mai 2000
Strafrechtliche Rehabilitation in Deutschland
Stiftung Aufarbeitung, Berlin
8. Juni 2000
Workshop „Arbeit in Projekten der Oral History“
Stiftung Aufarbeitung, Berlin
- 15./16. Juni 2000
Konferenz „Erinnern – Gedenken – Nachdenken“ anlässlich des 50. Jahrestags der Auflösung der sowjetischen Speziallager in Deutschland
(gemeinsam mit Gedenkstätte Buchenwald und UOKG)
Gedenkstätte Buchenwald
28. Juni 2000
Filmpräsentation „Wer dort war, schweigt – Das Militärgefängnis der DDR in Schwedt zwischen Mythos und Wahrheit“
(mit Unterstützung des Bundesministeriums für Verteidigung)
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin
30. Juni/1. Juli 2000
Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
- Eröffnung der Dauerausstellung/Tagung „Kultur des Erinnerns – Überwindung der Teilung?“
Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
7. September 2000
Tagung „Begutachtung und Anerkennung von Haftfolgeschäden“
Stiftung Aufarbeitung, Berlin
- 28./29. September 2000
Konferenz „Die Waldheimer Prozesse – 50 Jahre danach“
(gemeinsam mit: Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Verein „politische Memoriale e.V.“, Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg)
Waldheim
- September 2000 bis Januar 2001
Ausstellung: Roger Loewig – auf der Suche nach Menschenland. Gemälde, Zeichnungen, Druckgraphik.
13. Oktober 2000 – 28. Januar 2001.
(gemeinsam mit: Roger Loewig Gesellschaft e.V., Stiftung Stadtmuseum Berlin)
Stadtmuseum Berlin
25. Oktober 2000
Workshop „Arbeit in Projekten der Oral History“
Stiftung Aufarbeitung, Berlin
26. Oktober 2000
Filmpräsentation des Zeitzeugen-Films von Dirk Jungnickel „Wir sprechen hier Recht?“ SED-Justiz in Waldheim
(gemeinsam mit: BStU)
Filmsaal BStU Mauerstraße, Berlin
- 16.–18. November 2000
„Zeitzeugenarbeit und Gedenkstätten: Workshop zur biographischen Forschung über Verfolgte des Nationalsozialismus und über Verfolgte der SBZ/DDR“

(gemeinsam mit: Verein ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie‘ e.V.)

Bonn/St. Augustin

16.-19. November 2000

Konferenz „Kommunismus – Utopie und Wirklichkeit“

(gemeinsam mit: Bundeszentrale für politische Bildung, BStU, Hannah-Ahrendt-Institut, Institut für Zeitgeschichte, Forschungsverbund SED-Staat)

ABACUS Tierpark Hotel, Berlin

19. November 2000

Historisch-politische Matinee: „Totgesagte leben länger? Der Kommunismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“

Tränenpalast, Berlin

22. Februar 2001

Workshop „Arbeit in Video-Projekten der Oral History“

Stiftung Aufarbeitung, Berlin

26. April 2001

Filmpräsentation und Podiumsdiskussion: „Wer dort war schweigt – DDR-Militärgefängnis zwischen Mythos und Wahrheit“

(gemeinsam mit: BStU)

BStU, Berlin

16./17. Mai 2001

Tagung „Arbeit in Video-Projekten“

BBZ Clara Sahlberg, Berlin

18.–20. Mai 2001

Konferenz „Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang“

(gemeinsam mit: allen LStU)

Halle/Saale

15.-17. Juni 2001

Veranstaltungskomplex „40 Jahre Mauerbau“

(gemeinsam mit: Bundeszentrale für politische Bildung, Deutschlandfunk, Verein Berliner Mauer e.V., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam)

Podiumsdiskussion und Filmuraufführung

Requiem

ökumenischer Gottesdienst

öffentliche Großveranstaltung, Friedrich-Ebert-Platz

Verschiedene Veranstaltungsorte in Berlin

13. August 2001

Filmpräsentation und Podiumsdiskussion: „Geboren 1955 – erschossen 1966“

(gemeinsam mit: BStU)

BStU, Berlin

30. September 2001

Treffen der Stipendiaten der Stiftung

Haus der Demokratie, Berlin

19./20. Oktober 2001

Tagung „Arno-Esch-Kolloquium – ‚Keine Furcht vor klaren Entscheidungen‘ oder ‚Das deutsche Schicksal und wir““ (gemeinsam mit: Friedrich-Naumann-Stiftung, Universität Rostock)

Universität Rostock

8. November 2001

Filmuraufführung und Podiumsdiskussion: „Die Unliebsamen“

CUBIX UFA Palast Alexanderplatz, Berlin

13./14. November 2001

Archivische Fortbildungsveranstaltung

Sächsisches Bergarchiv Freiberg/Sachsen

16. November 2001

Podiumsdiskussion und Konzert: „Von Deutschland nach Deutschland – 25 Jahre Biermann-Ausbürgerung“

(gemeinsam mit: Deutschlandfunk, in Verbindung mit

IG Metall, Verlag Kiepenheuer & Witsch)
Berliner Ensemble, Berlin

22./23. November 2001

Tagung „Vernetzung von Gedenkstätten zur SED-Diktatur“

Gedenkstätte Deutsche Teilung, Marienborn

29. November/1. Dezember 2001

Tagung „Zeitzeugenarbeit und Gedenkstätten: Zum Umgang mit Täterbiographien an Gedenkstätten“

(gemeinsam mit: Verein ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie‘ e.V., Institut für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig/Bonn)

Bonn/St. Augustin

Publikationen

Entsprechend Paragraph 2 der Stiftungssatzung verfolgt die Stiftung keine eigene Forschungstätigkeit, sondern unterstützt vorrangig Forschungsvorhaben Dritter. Hierzu gehört unter anderem, dass wegweisende Forschungsergebnisse, die geeignet sind, im Sinne des Stiftungs-



zwecks zu wirken, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dies kann einerseits auf dem Wege der Projektförderung über die Vergabe von finanziellen Mitteln für Druckkostenzuschüsse erfolgen. Andererseits tritt die Stiftung selbst als Herausgeberin bzw. Mitherausgeberin von Publikationen an die Öffentlichkeit. Diese

beschränken sich nicht nur auf herkömmliche Printmedien. Die Stiftung gibt des weiteren CDs, CD-ROMs und DVDs heraus.

In den Jahren 1998-2001 sind von der Stiftung nachfolgend genannte Publikationen herausgegeben worden:

Printmedien

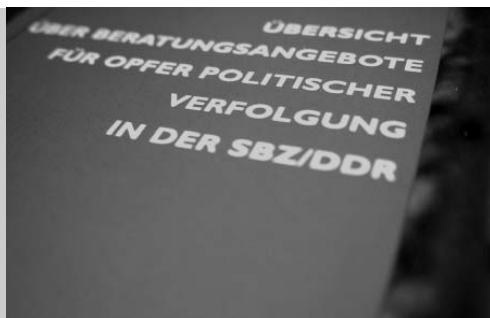
- ♦ Andreas Weigelt: „Umschulungslager existieren nicht“. Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 6 in Jamlitz 1945-1947, hrsg. v. der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2001.

Der Band beschreibt eindrücklich u.a. die Vorgeschichte des Lagers Jamlitz, die baulichen Zustände des Lagers, die biographische Struktur der Insassen (wie etwa ihre regionale Herkunft und die Verhaftungen), den Lageralltag der Gefangenen mit all seinen Facetten wie etwa Verpflegung, internes Lagerregime, Strafen, Spitzel, Arbeiten, Solidarität und Entsolidarisierung, Fluchten, Krankheiten, Entlassungen, Deportationen bis hin zu Auflösung und Abriss des Lagers und zur weiteren Nutzung des Geländes. Eine Auswahlbibliographie sowie eine Auswahl von Kurzbiographien von Lagerinsassen runden den Band ab.

- ♦ Karl Wilhelm Fricke: Der Wahrheit verpflichtet. Texte aus fünf Jahrzehnten zur Geschichte der DDR, Buch und CD-ROM, hrsg. v. der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Deutschlandfunk, Ch. Links Verlag, Berlin 2000.

In diesem Band werden über vierzig Beiträge von Karl Wilhelm Fricke abgedruckt, die ein vielschichtiges und zugleich anschauliches Bild der SED-Herrschaft und des gegen sie gerichteten Widerstandes

vermitteln. Dabei ist der Bogen von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur demokratischen Revolution von 1989/90 gespannt, so dass ein profunder Abriss aus Überblicksdarstellungen und Einzeluntersuchungen entsteht.



- ◆ Übersicht über Vereine, Verbände, Initiativen und Institutionen mit Beratungsangeboten für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR, hrsg. v. der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2. Auflage, Berlin 2000.

Den Opfern diktatorischer Willkür und jenen, die Widerstand leisteten und dafür büßen mussten, soll mit dieser Broschüre eine Orientierungshilfe bei der Realisierung ihrer rechtlichen Ansprüche, bei Rehabilitation und der Suche nach geeigneten Ansprechpartnern gegeben werden.



- ◆ Roger Loewig – auf der Suche nach Menschenland, hrsg. v. der Roger Loewig Gesellschaft e.V., der Stif-

tung Stadtmuseum Berlin und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2000.

Der Maler, Zeichner und Dichter Roger Loewig wäre im September 2000 70 Jahre alt geworden. Anlässlich dieses Datums stellte die Roger Loewig Gesellschaft, die das Gesamtwerk Loewigs bewahrt und wissenschaftlich aufarbeitet, eine repräsentative Ausstellung der bildkünstlerischen und literarischen Werke Loewigs zusammen. Aus dieser Ausstellung ging die Publikation hervor, die Beiträge zu Roger Loewigs Leben, Bildern und Texten von Roger Loewig sowie verschiedene Dokumentationen umfasst.

- ◆ Elke Fein u.a.: Von Potsdam nach Workuta. Das NKGB/MGB/KGB-Gefängnis Potsdam-Neuer Garten im Spiegel der Erinnerung deutscher und russischer Häftlinge, hrsg. v. der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Förderverein für MEMORIAL/St. Petersburg e.V. mit Unterstützung durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Potsdam 1999.

In acht Aufsätzen werden die „Besatzungsjustiz“ in der DDR, die Einordnung der DDR-Strafjustiz in den historischen Kontext und das DDR-Gefängnis Potsdam-Neuer Garten in den Blick genommen. Dabei stehen ebenso die Häftlinge selbst wie auch der

ROGER LOEWIG



Haftalltag und andere Haftstationen mancher Gefangener im Zentrum der Beiträge, die bis in die Gulags

der Sowjetunion – darunter auch in das berüchtigte Lager Workuta – führten. Ein Anhang mit Kurzbiographien ehemaliger Häftlinge des Gefängnisses Potsdam-Neuer Garten und eine Auswahlbibliographie beschließen den informativen und eindrucksvollen Sammelband.

Seit Ende 1999 wird in der Stiftung der Newsletter „Neues aus der DDR-Forschung“ zusammengestellt, der seit 1994 dreimal jährlich in der Zeitschrift Deutschland Archiv erscheint und über den Stand der aktuellen DDR-Forschung informiert. Die in den Newslettern angegebenen Projektmeldungen verzeichnen zum Erscheinungszeitpunkt geplante, laufende und abgeschlossene Projekte. Die Redaktion der Newsletter liegt in Händen von Dr. Ulrich Mählert. Jede Projektmeldung wird durch ein einheitliches Frageraster erhoben, erfasst und in den Newslettern entsprechend diesem Schema ausgegeben. Die Zahl der Projektmeldungen für 1999 beläuft sich auf 82 Projekte, 2000 wurden 63 Projekte gemeldet und für das Jahr 2001 liegen 53 Projektmeldungen vor. Insgesamt wurden seit 1994 in den Newslettern 616 Projekte publiziert, wobei zu beachten ist, dass die Meldung der Projekte auf freiwilliger Basis geschieht. Die weit überwiegende Anzahl der Projekte weist eine Finanzierung aus Eigenmitteln der jeweiligen Institution auf, an die der Antragsteller organisatorisch angebunden ist. Die Arbeit der Stiftung, wissenschaftliche Forschungsprojekte zu fördern, wird in ihrer Dringlichkeit dadurch nachhaltig dokumentiert.

Zusätzlich wird in der Stiftung das Vademekum DDR-Forschung herausgegeben. Derzeit ist die 3. Auflage dieses Leitfadens in Vorbereitung. Rund 650 Einträge zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten sind im Vademekum zu finden mit Adressen, Öffnungszeiten, Ansprechpersonen, thematischen Schwerpunkten, Angaben zu ihren Beständen und

Erschließungsmöglichkeiten. Unschwer erkennbar ist der Stellenwert dieses Wegweisers durch das „Institutionendickicht“ der DDR-Forschung – der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der deutschen Nachkriegsentwicklung werden mit diesem Verzeichnis die Wege erleichtert und damit der Dialog zwischen Ost und West, zwischen Forschern und „Erforschten“ gefördert und vorangetrieben.

DVD

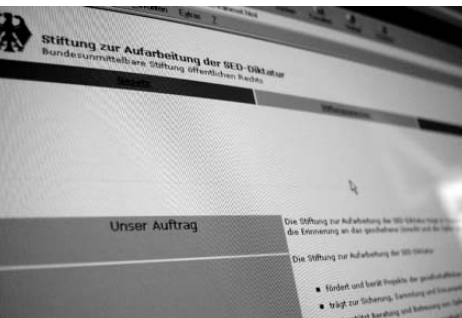
- ♦ Geboren 1955 – erschossen 1966. Der Tod eines Zehnjährigen an der Berliner Mauer. DVD. Ein Film von Simone Warias und Friedrich Herkt, hrsg. v. Bürgerbüro e.V., gefördert von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2001.



Die Stiftung hat im Jahre 2001 mehrere Veranstaltungen organisiert und durchgeführt, auf denen dieser bemerkenswerte Film aufgeführt und gemeinsam mit dem Regisseur und den Drehbuchautoren diskutiert wurde.

CD und CD-ROM

- ♦ Totgesagte leben länger? Der Kommunismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Eine Dokumentation der Matinee am 19. November 2000, hrsg. v. der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2001.



Diese Audio – CD ging aus einer von der Stiftung durchgeführten Veranstaltung hervor, die in Form einer historisch-politischen Matinee die öffentliche Abschlussveranstaltung der Kooperationstagung „Kommunismus – Utopie und Wirklichkeit“ vom 16.-19. November 2000 in Berlin bildete. Beteiligt an der Podiumsdiskussion waren neben dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Rainer Eppelmann (MdB), Marianne Birthler (Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen), Dr. Norbert Blüm (Bundesminister a.D.), Florian Hassel (Journalist), Helmut Holter (Minister für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern), Rolf Schneider (Schriftsteller) und Gisela Marx (Moderation).

- ◆ Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Geschichte. Eine multimediale Dokumentation des Geschichtsforums 1949 – 1989 – 1999, hrsg. v. Dr. Ulrich Mähler, Berlin 1999.

Diese Multimedia-CD-ROM ist ein Produkt des Geschichtsforums, das mit Unterstützung und unter Beteiligung der Stiftung 1999 durchgeführt wurde. 70 Sektionen des Forums werden auf der CD-ROM dokumentiert, zudem wird auf weiterführende Literatur verwiesen und über mehr als 150 an der Veranstaltung beteiligte Institutionen informiert. Die zentralen Podiumsdiskussionen werden im Volltext wiedergegeben.

Homepage

Die Stiftung hat eine Website aufgebaut, auf der sich die Interessenten über die Arbeit der Stiftung informieren können. Die Website befindet sich derzeit noch in einer vorläufigen Struktur und in einem vorläufigen Layout. Der Stiftung geht es vor allem darum, zunächst die Inhalte zu erarbeiten und im Internet einem möglichst großen Nutzerkreis zugänglich zu machen. In einem weiteren Schritt ist die Gestaltung eines modernen und ansprechenden

Layouts vorgesehen, mit dem die Inhalte der Stiftungsarbeit öffentlichkeitswirksam präsentiert werden können.

Die Website, die sich im Aufbau befindet und ständig aktualisiert wird, bietet neben allgemeinen Darstellungen über die Stiftung – wie das Errichtungsgesetz, den Stiftungszweck und die Gremien -, Angaben zur Geschäftsstelle und deren Mitarbeiter. Unter dem Link „Förderungen“ können sich Antragsteller über die Fördergrundsätze und Hinweise informieren und die entsprechenden Antragsformulare für die Antragstellung herunterladen. Das Stipendienprogramm der Stiftung wird ebenfalls beschrieben und die Erfordernisse, um ein Stipendium zu erlangen, werden benannt.

Unter der Kategorie Service werden weitere aktuelle Informationen aus der Stiftung angeboten, wie etwa Presseerklärungen über die Stiftungsarbeit und ein Pressespiegel. Zudem wird hier über die Publikationen der Stiftung und allgemein über Aktuelles aus der DDR-Forschung (Newsletter und DDR-Forschungsprojekte) informiert. Eine Übersicht über Vereine, Verbände, Initiativen und Institutionen mit Beratungsangeboten für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR wird in dieser Kategorie ebenso angeführt wie diverse Linklisten zu Archiven, Bibliotheken, Gedenkstätten usw., die im Kontext der Aufarbeitung der SED-Diktatur angesiedelt sind.

Für Sommer 2002 ist ein kompletter Relaunch der Website vorgesehen – das Angebot wird dann um mehrere Kategorien erweitert werden. So soll künftig ein Veranstaltungskalender über die Aktivitäten der Stiftung in der Vergangenheit und über geplante Veranstaltungen informieren. Die geförderten Projekte der vergangenen Jahre werden in einer Datenbank mit einer komfortablen Suchmaske recherchierbar sein. Zudem ist geplant, dass das Archiv und die Bibliothek mit ihren Beständen online recherchierbar sein sollen – diese Ausbaustufe soll im Jahr 2003 realisiert werden.

Weiterbildungen

Zum Jahresanfang 1999 begann die Stiftung Weiterbildungsveranstaltungen anzubieten, die sich vorrangig an Projekte und Initiativen, die von der Stiftung gefördert werden, richten. Die Angebote wurden jedoch nicht nur von jenen wahrgenommen. Auch Mitarbeiter von Ämtern und Behörden sowie Beratungsstellen nahmen an den Veranstaltungen zur fachlichen Qualifizierung teil.

Entsprechend den Schwerpunkten der durch die Stiftung geförderten Projekte bezogen sich die Weiterbildungsveranstaltungen zum einen auf die Besonderheiten bei der Arbeit mit Menschen, die in der SBZ/DDR der politischen Verfolgung ausgesetzt waren. Dabei standen Fragen der Zeitzeugenarbeit im Mittelpunkt. Behandelt wurden in den jeweils eintägigen Veranstaltungen einerseits psychologische Fragen, die bei der Arbeit mit Opfern politischer Verfolgung zum Tragen kommen, andererseits vielfältige methodische Fragen der Zeitzeugenarbeit. Diese reichten von der Interviewführung über deren Auswertung und Interpretation bis hin zur Verwendung von Interviews in Gedenkstätten, Ausstellungen, Filmen und der politischen Bildungsarbeit.

Zum anderen bot die Stiftung Weiterbildungen zu Fragen der Aufarbeitung von SED-Unrecht an. Hierbei standen Themen wie die Praxis und Aufgaben der strafrechtlichen Rehabilitierung, die Anerkennung von Haftfolgeschäden sowie der Stand der Bemühungen um die Rehabilitierung von administrativ in die NKWD-Lager der SBZ eingewiesenen Personen sowie der jenseits von Oder und Neiße verschleppten Deutschen im Mittelpunkt.

Der Weiterbildung von Mitarbeitern an Gedenkstätten und in Projekten der Oral History dienten auch die in Zusammenarbeit mit dem Verein ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie‘ e.V. in 1999, 2000 und 2001 durchgeführten

Workshops zum Thema „Gedenkstättenarbeit und Oral History“. Diese greifen mit großem Erfolg methodische Fragen der Arbeit mit Zeitzeugen und Zeitzeugenberichten zur Erinnerung sowohl an NS- als auch an SED-Unrecht auf.

Ein weiteres in den vergangenen Jahren zunehmend in Anspruch genommenes Angebot der Stiftung betrifft die psychologische Supervision. Hier bietet die Stiftung die Finanzierung von Gesprächsrunden bzw. Einzelsupervisionen für Mitarbeiter in Zeitzeugenprojekten, Gedenkstättenprojekten, Opferverbänden und Initiativen an. Die Erfahrungen mit dieser Form der Weiterbildung und Professionalisierung sind positiv.

Zudem bietet die Stiftung konkrete fachliche Unterstützung für die Arbeit unabhängiger Archive. Teil dieser Unterstützung ist eine regelmäßige Fortbildungsveranstaltung. Die erste dieser archivfachlich orientierten Weiterbildungsveranstaltungen der Stiftung mit dem Ziel der Professionalisierung fand im November 2001 in Freiberg/Sa. statt. Der Leiter des Sächsischen Bergarchivs führte unter dem Titel „Die Erhaltung der Unterlagen – Grundlage aller Sammlungstätigkeit“ in den Themenkomplex der Bestandserhaltung ein und stellte auf einem Rundgang das Sächsische Bergarchiv vor. Anhand umfangreicher praktischer Erfahrungen wurde die Frage „Die Digitalisierung eines Nachlasses – Der Königsweg?“ problematisiert. Am zweiten Tag stand dann die archivische Kernaufgabe der Erschließung am Beispiel von Nachlässen im Zentrum. Das gerade für die unabhängigen Archive bedeutsame Thema der Archivpädagogik wurde abschließend behandelt. Aufgrund der guten Resonanz bei den unabhängigen Archiven ist an weitere Veranstaltungen dieser Art gedacht.

4. VERNETZUNG UND KOOPERATION

Die Stiftung hat durch ihre Projektförderungen und die zahlreichen Veranstaltungen, die sie gemeinsam mit anderen Kooperationspartnern organisiert und ausgerichtet hat, einen hohen Grad an Vernetzung mit Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit, Aufarbeitungsinitiativen und anderen Organisationen, die sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen, erreicht. Sie alle hier aufzuzählen, würde den Rahmen sprengen, deshalb seien nur einige exemplarisch und in alphabetischer Reihenfolge hier benannt, mit denen in den vergangenen drei Jahren gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt wurden:

Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Bundeszentrale für politische Bildung, CAP, Deutschlandfunk, Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Forschungsverbund SED-Staat, Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, Hannah-Arendt-Institut Dresden, IG Metall, Institut für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig/Bonn, Institut für Zeitgeschichte München/Außenstelle Berlin, Konrad-Adenauer-Stiftung, die Landeszentralen für politische Bildung, die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Polnisches Institut Düsseldorf, Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Universität Rostock, Verein Berliner Mauer e.V., Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.“, Verein „politische Memoriale e.V.“, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Zentrum für internationale Beziehungen Warschau, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

5. PERSPEKTIVEN UND AUSBLICK

Im Zentrum der Stiftungsarbeit wird auch in Zukunft die Projektförderung stehen, die insbesondere im Bereich der Gesellschaftlichen Aufarbeitung mit einem hohen Beratungs- und Betreuungsbedarf der Antragsteller verbunden ist.

Gleichzeitig will die Stiftung in den kommenden Jahren noch stärker als bisher in der Öffentlichkeit präsent sein. So wurde ein breites Weiterbildungsangebot für durch die Stiftung geförderte Projekte und Einrichtungen der gesellschaftlichen Aufarbeitung entwickelt. In Kooperation mit vielfältigen Partnern werden weiterhin Veranstaltungen angeboten.

Im Jahr 2001 ist es der Stiftung gelungen, mit einer Reihe von hochrangigen und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen präsent zu sein. Hier sind vor allem zu nennen die starke Beteiligung am komplexen Veranstaltungsreigen in Berlin zum 40. Jahrestag des Mauerbaus, die mit hoher Resonanz wahrgenommene Präsentation von zwei durch die Stiftung geförderten herausragenden Filmen am 13. August und zum 9. November sowie das viel beachtete Konzert von Wolf Biermann im Berliner Ensemble anlässlich dessen Ausbürgerung vor 25 Jahren. Durch diese Veranstaltungen ist es der Stiftung gelungen, die öffentliche Diskussion über die zweite deutsche Diktatur und die deutsch-deutsche Teilungsgeschichte wach zu halten.

Seit Ende 2001 wurden bereits erste Überlegungen erarbeitet, wie des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 in gebührender Form gedacht und dieser für die historisch-politische Bildungsarbeit nutzbar gemacht werden kann.

Die Weiterbildungsangebote der Stiftung werden fortgeführt und ausgebaut werden. Im Jahr 2002 soll die dritte Ausgabe des Vademekum DDR-Forschung vorbereitet werden, das sich als unverzichtbares Handbuch für Forschung, Aufarbeitung, Medien und politische Bil-

dungsarbeit etabliert hat. Mehrere Initiativen im Bereich der Internationalen Zusammenarbeit werden dazu beitragen, gar nicht erst in eine deutsche Nabelschau zu verfallen.

Zudem ist geplant, den Internetauftritt der Stiftung wesentlich zu erweitern und auch auf diesem Wege der interessierten Öffentlichkeit Informationen und Materialien zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zugänglich zu machen.

Die Stiftung hat sich zu einer lebendigen und produktiven Stätte der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur entwickelt und als Partner der vielfältigsten Ansätze der Aufarbeitung etabliert.

Diesem Anspruch will die Stiftung mit ihrer Arbeit auch künftig genügen. Ziel ist es, die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur als ein gesamtgesellschaftliches Anliegen zu popularisieren und mit vielfältigen Aktivitäten eine breite Öffentlichkeit zu interessieren, sich mit der jüngsten deutschen Vergangenheit zu befassen.